

## **N I E D E R S C H R I F T**

### **über die 26. Sitzung des Rates**

vom:	<b>27.02.2002</b>
von:	<b>16:00 Uhr</b>
bis:	<b>19:15 Uhr</b>
Ort:	<b>Rathaus Geisweid, Großer Sitzungssaal</b>

#### **Anwesend waren:**

##### I. Vom Rat

BM Stötzel - als Vorsitzender  
Stv Al-Omary, Falk  
Stv Bertelmann, Hans-Günter  
Stv Boller, Joachim  
Stv Daus, Anny  
Stv Dittert, Katrin  
1. Stellv. BM Dreisbach, Jürgen  
Stv Eberlein, Klaus-Peter  
Stv Elter, Uwe  
Stv Flohren, Angelika  
Stv Fries, Traute  
Stv Gaden, Helga  
Stv Gelber, Gunther  
Stv Gerlach, Heinrich  
Stv Gierlich, Michael  
Stv Glaamann, Herta  
Stv Groß, Michael  
Stv Heupel, Rüdiger  
Stv Dr. Holzäpfel, Heinz  
Stv Höpfner-Diezemann, Ute  
Stv Jacob, Martin  
Stv Katz, Reinhilde  
Stv Kirchhöfer, Karl Wilhelm  
Stv Kleine, Sancho-Antonio  
2. Stellv. BM Köhl, Siegfried  
Stv Krombach, Ulrich  
Stv Lauble, Wilhelm  
Stv Moll, Ilona  
Stv Mues, Gunter

Stv Mues, Steffen  
Stv Müller, Heinz  
Stv Müller, Manfred  
Stv Nauck, Gerda  
Stv Neubauer, Hans Peter  
Stv Otto, Günter  
Stv Panthöfer, Ulrich  
Stv Reitz, Manfred  
Stv Rothenpieler, Wilhelm  
Stv Rujanski, Detlef  
Stv Schiemer, Hansgeorg  
Stv Schleifenbaum, Dorothea  
Stv Schmidt, André  
Stv Schneider, Manfred  
Stv Schulte, Werner  
Stv Schulze, Werner  
Stv Siebel, Helmut  
Stv Sintzen, Gerlinde  
Stv Sonntag, Hartmut  
Stv Stahl, Markus  
Stv Steuber, Burkhard  
Stv Dr. Stötzel, Wolfgang  
Stv Strunk, Christine  
Stv Tielsch, Ingrid Karin  
Stv Walter, Klaus-Volker  
Stv Wolf, Marianne  
Stv Wunderlich, Horst  
Stv Zips, Joachim

## II. Vom Personalrat:

StAl Müller - bis Ende öff. Teil

## III. Von der Verwaltung:

StK Baumeister  
StR Dr. Rohr  
StBR Brune  
Städt. VD Lehmann  
Städt. VR Dorsch  
VA Schneider  
StAR Reisch  
StAR Erner  
Gleichstellungsbeauftragte Dellori  
StAR Münker - als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

Morgenschweis, Thomas  
Schwarz-Schumann, Helga

## **A.      ÖFFENTLICHE SITZUNG**

Der Erweiterung der Tagesordnung um die Punkte 4.2 sowie 8, 8.1 und 8.2 wird zugestimmt.

Dem Antrag von Herr Groß, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu TOP 6.1 auf Grund der zahlreichen Zuhörerinnen und Zuhörer zu diesem Thema unter TOP 4 zu beraten wird mehrheitlich mit 16 Gegenstimmen und 8 Enthaltungen zugestimmt.

### **1.      Bestimmung eines Ratsmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift**

Zur Mitunterzeichnung wird Herr Gerlach bestimmt.

**26. Rat 27.02.2002**

### **2.      Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom**

Die Niederschrift wird mit Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

**26. Rat 27.02.2002**

### **3.      Fragestunde**

#### **3.1.    Siegbergtunnel und Verkehrsführung in Kaan-Marienborn -**

- Anfrage des Stv Morgenschweis vom 17.02.2002

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet.

**26. Rat 27.02.2002**

#### **4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung**

##### **4.1. Außerkraftsetzen / Änderung der Satzung zum Schutz des Baumbestandes in der Stadt Siegen**

- Antrag der UWG-Fraktion vom 05.02.2002

Herr Bertelmann führt ergänzend zum Antrag aus, dass der Baumschutz in der derzeit praktizierten Form von den Bürgerinnen und Bürgern vielfach als Eingriff die Persönlichkeitsrechte angesehen wird. In einem Übergangszeitraum sollten schützenswerte und ortsbildprägende Bäume unter einen erhöhten Schutz gestellt werden und alles darüber hinaus gehende nicht unter die Satzung fallen. Ein "Kahlschlag" ist nach Auffassung der UWG-Fraktion nicht zu befürchten.

Herr Schiemer erinnert daran, dass sich der Fachausschuss bereits vor drei Jahren auf Initiative der UWG-Fraktion mit der Thematik befasst hatte. Dort war deutlich geworden, dass insbesondere eine räumliche Abgrenzung sich rechtlich schwierig darstellt. Ungeachtet dessen sollten im Fachausschuss noch einmal die Fragen gemeinsam mit der Baumschutzkommission aufgegriffen werden.

Frau Strunk weist darauf hin, dass die Bürgerinnen und Bürger ausweislich des Jahresberichtes mit der bisherigen Praxis überwiegend zufrieden sind. Im Hinblick auf den Erhalt bzw. die Verbesserung des Stadtklimas und den Schutz des Naturhaushaltes kann die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Antrag nicht befürworten.

Herr Kirchhöfer sieht eine Problematik z. B. bei der Beurteilung des Kriteriums "ortsbildprägend", da dies häufig durch subjektive Eindrücke beeinflusst wird. Er kann der Überweisung in den Fachausschuss zustimmen.

Herr Walter teilt die Einschätzung der Antragsteller, sieht aber auch einen erheblichen Aufwand bei der Erstellung eines speziellen Katasters für schützenswerte Bäume.

#### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen überweist den Antrag an den Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**26. Rat 27.02.2002**

#### **4.2. Erhalt eines Gewerbegebietes in Eiserfeld, Alte Eisenstraße**

- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 20.02.2002

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kommt eine kirchliche Nutzung dieser Gewerbefläche aus stadtentwicklungspolitischen Gründen nicht in Betracht, so Herr Boller, zumal andere Flächen zur Verfügung stehen. Es sollten alle juristischen Mittel ausgeschöpft werden, um die gewerbliche Nutzung auf Dauer festzuschreiben.

Herr Brune erläutert, dass bereits ein positiver Vorbescheid erteilt wurde, da die rechtlichen Voraussetzungen vorlagen. Das Gebiet an der alten Eisenstraße ist nach § 34 BauGB, d. h. nach der vorhandenen Bebauung zu beurteilen. Auch wenn im FNP als Planungsziel ein Gewerbegebiet ausgewiesen ist, so ist der Standort faktisch als Mischgebiet einzuordnen, in dem kirchliche Anlagen zulässig sind. Ein Übergreifen auf benachbarte Gebiete ist auf Grund eines bestehenden Bebauungsplanes und der Beurteilung der Umgebungsbebauung nicht zu erwarten.

Herr Boller kritisiert, dass die Verwaltung in Anbetracht der Rechtslage demnach nicht rechtzeitig reagiert hat, da sich die Umstrukturierung des Gebietes bereits seit längerem angekündigt hatte.

Herr Brune sieht keine Vergleichbarkeit mit dem Bereich Schemscheid, da in diesem Fall die Umgebungsprägung an der Sieg endet und es sich um eine Größenordnung kleiner als 1 ha handelt. Verwaltungsseitig wurde im Hinblick auf die sich abzeichnende neue Nutzung kein Planungserfordernis gesehen, da sich das Vorhaben in den Bereich einfügt. Grundsätzlich wird die Entwicklung beobachtet und in jedem Einzelfall abgewogen, ob Gewerbeflächen in größerem Umfang verloren gehen könnten oder ob es sich um lokale einzelne Punkte handelt.

Herr Groß bittet, die Ausführungen von Herrn Brune im Protokoll festzuhalten.

#### **Abstimmung über den Antrag:**

Der Rat der Stadt Siegen beauftragt die Verwaltung, dem Rat zu seiner Sitzung am 14.03.2002 einen Lösungsvorschlag für den Erhalt der Gewerbeflächen "Alte Eisenstraße" in Eiserfeld vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich dagegen (4 Stimmen dafür), 1 Enthaltung**

**26. Rat 27.02.2002**

#### **4.3. 1/2 Fachkraftstelle für die städtische Kindertageseinrichtung Gläserstraße**

- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 25.02.2002

Herr Mues betont, dass der Antrag in Zusammenhang mit dem Stellenplan zu sehen ist und sowohl im Fachausschuss, als auch im Haupt- und Finanzausschuss darüber beraten wurde. Er stellt der Verwaltung anheim, die Stelle zu besetzen, wenn im Laufe des Jahres eine adäquate Stelle frei werden sollte. Zunächst wird die Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses aufrecht erhalten.

Auf die Frage von Herrn Bertelmann erklärt Herr Dr. Rohr, dass bei den freien Trägern entsprechende Stellen eingerichtet sind. Bei Wegfall der Stelle würde der Service der städtischen Einrichtung hinter dem der freien Träger zurückstehen.

Frau Strunk wirbt dafür, angesichts der schwierigen Situation in der Kindertageseinrichtung eine Besetzung nicht auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Ständig wechselnde Betreuungspersonen dienen nicht dem Wohl der Kinder.

Herr Kirchhöfer weist darauf hin, dass die SPD-Fraktion bereits im Haupt- und Finanzausschuss einen entsprechenden Antrag gestellt hatte. Das Angebot der Stadt sollte nicht schlechter sein, als das der freien Träger.

Herr Bürgermeister Stötzel sieht nur die Möglichkeit die Stelle einzurichten, wenn eine entsprechende Kompensation aus dem Personalbestand des GB 2/FB 5 erfolgt.

Herr Bertelmann gibt zu bedenken, dass mittelfristig das Betreuungsniveau insgesamt sinken könnte. Daher beantragt er, die v. g. Möglichkeit zu prüfen und bei einem negativen Ergebnis 1/2 Stelle einzurichten.

Die Verwaltung sollte bis zur Ratssitzung am 14.03.2002 einen Vorschlag vorlegen, so Herr Dreisbach ergänzend zu Herrn Bertelmann.

Herr Mues befürwortet den Vorschlag des Bürgermeisters und beantragt dies zu überprüfen. Bei einem positiven Ergebnis bestehen gegen die Stellenbesetzung keine Bedenken. Die Einrichtung einer zusätzlichen Stelle lehnt er ab.

Herr Dr. Rohr verweist darauf, dass lt. Anlage zum Stellenplan bereits 2 Stellen im FB 5 wegfallen.

Zur Frage der Finanzierung erläutert Herr Lehmann, dass eine Refinanzierung zu 40 % durch das Land und zu 14 % über den Elternanteil erfolgt.

---

#### **Abstimmung (über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Die mit der anteiligen Freistellung der Leitungskraft verbundene Besetzung einer zusätzlichen halben Fachkraftstelle wird weitergeführt.

**Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich dagegen (22 Stimmen dafür)**

---

**Abstimmung (über den Antrag der Stv Bertelmann und Dreisbach):**

Die Verwaltung wird beauftragt bis zur Sitzung des Rates am 14.03.2002 zu prüfen, ob aus dem vorhandenen Bestand eine entsprechende Stelle umgewandelt werden kann. Bei einem negativem Ergebnis wird eine halbe Fachkraftstelle zusätzlich eingerichtet.

**Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich dagegen (13 Stimmen dafür)**

---

**Abstimmung (über den Antrag des Stv Mues):**

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob innerhalb des GB 2 / FB 5 eine gleichwertige Stelle zur Besetzung der halben Fachkraftstelle umgewandelt werden kann. Bei einem positiven Ergebnis bestehen gegen die Besetzung der Stelle keine Bedenken.

**Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich dafür (18 Stimmen dagegen),  
4 Enthaltungen**

**26. Rat 27.02.2002**

**5. Haushalt 2001 / Vorläufiges Jahresabschlussergebnis**

Vorlagennr. 1709/2002 - Vorlage vom 31.01.2002

- ◆ Der Rat der Stadt Siegen nimmt vom vorläufigen Jahresabschlussergebnis 2001 Kenntnis.

**26. Rat 27.02.2002**

**6. Haushalt 2002**

Die Stellungnahmen der Fraktionen zum Haushalt 2002 sind als Anlage beigelegt.

**26. Rat 27.02.2002**

**6.1. Einbringung des Entwurfs des Stellenplans 2002 der Stadtverwaltung Siegen**

Vorlagennr. 1623/2001

**Änderungsliste zum Stellenplanentwurf 2002 der Stadtverwaltung Siegen**

Vorlagennr. 1623/2001 A - Vorlagen vom 05.12.2001 und 14.01.2002

### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt

- die Stellenübersicht für den Stellenplan 2002 sowie,
- die Anlagen I (Einsparstellen) , II (Mehrstellen), III (N.N.-Stellen - Stand Januar 2002) und IV (Stellenumwandlungen).

mit folgenden Änderungen:

Die in der Anlage III "N.N.-Stellen" aufgeführten Stellen

Nr. 16 "Erzieher/in in der Kindertagesstätte Gläserstraße", \*)

Nr. 17 "Sachbearbeiter/in Wohngeldbewilligung,

Nr. 23 "Sachbearbeiter/in zum Aufbau einer Kosten- und Leistungsrechnung",

Nr. 25 "Sachbearbeiter/in für Aufgaben nach der Landeshundeverordnung" und

Nr. 28 "Brandmeister/in im Brandschutz und Rettungsdienst

werden ersatzlos gestrichen.

*\*) Protokollanmerkung:*

*Auf die Entscheidung unter TOP 4.3 wird hingewiesen.*

**Beratungsergebnis: 31 Stimmen dafür, 25 dagegen, 1 Enthaltungen**

**26. Rat 27.02.2002**

### **6.3. Beratung und Beschlussfassung von Haushaltssatzung/Haushaltsplan 2002, des Investitionsprogrammes 2001 - 2005 und der 8. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 1994 für das Haushaltsjahr 2002 unter Einschluss der mittelfristigen Finanzplanung 2001 - 2005/2008**

Vorlagennr. 1711/2002 und 1711/2002 B - Vorlagen vom 31.01. und 18.02.2002

dazu: Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 11.02.2002

### **Beschluss (über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

1. Für den Bereich der Schulwegsicherung werden im Vermögenshaushalt 100.000 € bereitgestellt.



2. Über die Verteilung der Mittel entscheidet der Fachausschuss nach Vorlage eines umgehend zu erstellenden Prioritätenkataloges.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen (6 Stimmen dafür),**

---

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt unter Berücksichtigung der in der Vorlage Nr. 1711/2002 B dargestellten Veränderungen

- a) folgende

**H a u s h a l t s s a t z u n g**

Aufgrund der §§ 77 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666) zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. März 2000 (GV NRW S. 245) hat der Rat der Stadt Siegen mit Beschluss vom 27. Februar 2002 folgende Haushaltssatzung erlassen:

**§ 1**

Der **Haushaltsplan** für das Haushaltsjahr 2002, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Stadt Siegen voraussichtlich eingehenden Einnahmen, zu leistenden Ausgaben und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Verwaltungshaushalt in der Einnahme auf	188.136.300 EURO
in der Ausgabe auf	213.432.530 EURO
im Vermögenshaushalt in der Einnahme auf	41.702.500 EURO
in der Ausgabe auf	41.702.500 EURO

festgesetzt.

**§ 2**

Der **Gesamtbetrag der Kredite**, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2002 zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögenshaushalt (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen) erforderlich ist, wird auf

3.941.500 EURO

festgesetzt.

### § 3

Der **Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen**, der zur Leistung von Investitionsausgaben und Ausgaben für Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, wird auf

12.895.000 EURO

festgesetzt.

### § 4

Der **Höchstbetrag der Kassenkredite**, die im Haushaltsjahr 2002 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf

70.000.000 EURO

festgesetzt.

### § 5

Die **Steuersätze für die Gemeindesteuern** werden für das Haushaltsjahr 2002 wie folgt festgesetzt worden:

#### 1. Grundsteuer

- |     |    |   |           |
|-----|----|---|-----------|
| 1.1 | a) | für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe<br>(Grundsteuer A) | 190 v. H. |
| 1.2 | b) | für die Grundstücke<br>(Grundsteuer B)                              | 390 v. H. |

#### 2. Gewerbesteuer 450 v. H.

### § 6

Nach dem Haushaltssicherungskonzept ist der Haushaltsausgleich im Jahre 2008 wiederhergestellt. Ein originärer Haushaltsausgleich wird danach erstmals im Haushaltsjahr 2003 erreicht. Die im Haushaltssicherungskonzept enthaltenen Konsolidierungsmaßnahmen sind bei der Ausführung des Haushaltsplanes umzusetzen.

## § 7

Im Stellenplan ausgewiesene und mit dem Vermerk „künftig wegfallend (kw)“ bezeichnete Planstellen dürfen nach dem Ausscheiden des jeweiligen Stelleninhabers nicht mehr besetzt werden und sind ersatzlos zu streichen.

Soweit sich bei den Beamtenstellen nach Anwendung des § 26 Abs. 1 BBesG und der Stellenobergrenzenverordnung (StOV) vom 8. Dezember 1976 Stellenüberhänge an Stellen für Beförderungssämter ergeben, ist bei der Gesamtzahl der jeweiligen Planstellen der betreffenden Besoldungsgruppe der Vermerk „künftig umzuwandeln (ku)“ anzubringen.

Jede dritte freiwerdende und im Überhang befindliche Planstelle der jeweiligen Besoldungsgruppe im Bereich der allgemeinen Verwaltung ist fortwirkend in eine Besoldungsgruppe umzuwandeln, für die Obergrenzen noch nicht erreicht sind. Das gleiche gilt für die technischen Beamtenplanstellen, soweit die Obergrenzen der Beförderungssämter für diesen Bereich gesondert ermittelt wurden.

Soweit im Stellenplan unabhängig von § 26 Abs. 1 BBesG und StOV der Vermerk „künftig umzuwandeln (ku)“ angebracht ist, sind freiwerdende Stellen dieser Besoldungs- bzw. Vergütungs- oder Lohngruppe entsprechend umzuwandeln.

Gemäß § 3 Besoldungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbesoldungsgesetz - LBesG) wird zugelassen, dass Beamte mit Rückwirkung von höchstens drei Monaten in die höhere Planstelle eingewiesen werden, soweit sie während dieser Zeit die Obliegenheiten des verliehenen oder eines gleichartigen Amtes tatsächlich wahrgenommen haben und die Planstellen, in die sie eingewiesen werden, besetzbar waren.

- 
- b) die 8. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 1994 für das Haushaltsjahr 2002 unter Einschluss der mittelfristigen Finanzplanung 2001 - 2005/2008 und unter Berücksichtigung der für den Haushalt 2002 erfolgten Änderungen.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (4 Stimmen dagegen - Grüne),  
16 Enthaltungen (SPD)**

**26. Rat 27.02.2002**

## **7. Fortschreibung des Personalkostenkonsolidierungskonzeptes**

Vorlagenr. 1679/2002 - Vorlage vom 07.01.2002

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis und beschließt die Fortschreibung des Personalkostenkonsolidierungskonzeptes, wobei im Haushaltsjahr 2002 die Beförderungen in den Besoldungsgruppen A 10 bis A 16 BBesG für ein Jahr ausgesetzt werden.

**Beratungsergebnis: 34 Stimmen dafür, 21 dagegen, 2 Enthaltungen**

**26. Rat 27.02.2002**

**8. Ausschussneubesetzung - Haupt- und Finanzausschuss**

Vorlagenr. 1765/2002 - Vorlage vom 19.02.2002

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen wählt Herrn Hans-Günter Bertelmann als ordentliches sowie Herrn Günter Otto als stellvertretendes Mitglied in den Haupt- und Finanzausschuss.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**26. Rat 27.02.2002**

**8.1. Ausschussneubesetzung - Bezirksausschuss III - Siegen-Ost -**

Vorlagenr. 1777/2002 - Vorlage vom 21.02.2002

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen wählt Herrn Dr. Peter Volz als ordentliches Mitglied in den Bezirksausschuss III – Siegen-Ost –.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**26. Rat 27.02.2002**

**8.2. Ausschussneubesetzung - Bezirksausschuss I - Siegen-Geisweid -**

Vorlagenr. 1783/2002 - Vorlage vom 26.02.2002

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen wählt

- a) Frau Christa Schlenther als ordentliches Mitglied,
- b) Herrn Steffen Oerter als stellvertretendes Mitglied sowie
- c) Herrn Günter Heinbach als stellvertretendes Mitglied

In den Bezirksausschuss I – Siegen-Geisweid.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**26. Rat 27.02.2002**

**Anlage zu TOP 3.1:**

GB 4

26.02.2002

**Anfrage - Nr. 02/02 gem. § 8 Abs. 5 der Geschäftsordnung zur nächsten Sitzung des Rates der Stadt Siegen  
Betr. Siegbergtunnel und Verkehrsführung in Kaan-Marienborn**

Zu der Anfrage der STATT-Partei DIE UNABHÄNGIGEN nehme ich wie folgt Stellung:

1. Welche Kosten verursacht der geplante Siegbergtunnel als Einzelmaßnahme, bzw. die ergänzenden Anbindungen an die Zufahrtswege unter Berücksichtigung der zu erwartenden Fördermaßnahmen durch das Land NRW?

Antwort:

Eine exakte Kostenermittlung ist erst möglich, wenn der entsprechende Entwurf für den Siegbergtunnel erarbeitet worden ist. Die Maßnahme wird voraussichtlich mit 75 % vom Land Nordrhein-Westfalen gefördert. Es werden rund 27 Mio. € für den Tunnel als Einzelmaßnahme geschätzt. Ich verweise auf die Kosten-Wirksamkeits-Analyse 04/01 - Abb. 23.

2. Welche verkehrliche Entlastung beinhaltet dieser Tunnel für andere Bereiche?

Antwort:

Im Zusammenhang mit der Aufstellung des Verkehrsentwicklungsplanes Siegen-Mitte sind verschiedene Netzfälle mit Siegbergtunnel berechnet worden. Je nachdem, in welchem Szenario dieser Rechenfall enthalten ist, entstehen unterschiedliche Entlastungswerte für die angrenzenden Bereiche. Ich verweise hierzu auf die Ergänzungsvorlage - Rat 1108/01 vom 19.03.2001. In der Anlage 2 sind für repräsentative Querschnitte die Belastungszahlen angegeben.

3. Wie genau wird die Anbindung in Kaan-Marienborn bzw. im Bereich des Tunnelausgangs aussehen?

Antwort:

Wie unter 1 erwähnt, muss dazu erst der Entwurf aufgestellt werden.

4. Ist eine höhere Verkehrsfrequenz der Hauptstraße in Kaan-Marienborn überhaupt sinnvoll, welche Kapazitätsreserven bestehen derzeit?

Antwort:

Hierzu verweise ich ebenfalls auf die erwähnte Anlage 2 in der Ergänzungsvorlage vom 19.03.2001.

5. Mit welchen Maßnahmen könnte der Verkehrsfluss verbessert werden (z. B. Optimierung der Ampelschaltungen)?

Antwort:

Aus der Fragestellung ist nicht ersichtlich, welcher Verkehrsfluss gemeint ist, motorisierter Individualverkehr oder öffentlicher Nahverkehr. Grundsätzlich wird eine Verbesserung des Verkehrsflusses für den motorisierten Individualverkehr durch verkehrsabhängige Steuerung der Signalanlagen erreicht. Eine Verbesserung für den öffentlichen Nahverkehr wird durch Busbeschleunigungsprogramme in den Signalprogrammen erreicht.

6. Welche Planungen werden derzeit bzgl. einer Ortsumgehung bzw. Entlastungsstraße betrieben?

Antwort:

Von der Stadt Siegen werden keine Planungen betrieben, da sie nicht Straßenbaulastträger für Ortsumgehungen bzw. Entlastungsstraßen ist.

## Anlagen zu TOP 6:

**Haushaltsrede  
des Vorsitzenden der  
CDU-Fraktion im Rat der Stadt Siegen  
Gunter Mues**

26. Sitzung des Rates der Stadt Siegen  
27. Februar 2002

Sperrfrist bis Beginn der Rede! - Es gilt das gesprochene Wort!

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

seit vielen Jahren nun verwalten wir zunehmend den Mangel, worauf auch der Kämmerer in seiner wenig zuversichtlichen Etatrede hingewiesen hat. Mit Zuweisungen des Bundes und des Landes und durch die eigenen Steuereinnahmen – die wir im vorigen Jahr unter Mißachtung unserer Grundsätze sogar erhöhen mußten –, aber auch durch innerbetriebliche Rationalisierungsmaßnahmen bestand in früheren Zeiten immer noch die Gewißheit, aus eigener Kraft den Haushalt in angemessener Zeit in Ordnung zu bringen. Das ist jetzt nicht mehr möglich. Nur der nahezu restlose **Verkauf unserer RWE-Aktien** in den Jahren 2002 bis 2006 in einer Größenordnung von 20,5 Mio€ läßt uns das Ziel der mittelfristigen Finanzplanung, nämlich bis 2008 den Gesamtfehlbedarf auf 0 € zu reduzieren, erreichen. Das ist aber nur zu verwirklichen unter der Bedingung, daß in den kommenden Jahren kein weiterer originärer Fehlbedarf entsteht. Und dann ist Schluß mit Lustig, was auch der Kämmerer in aller Deutlichkeit gesagt hat.

Lassen Sie mich diese dramatische Situation an zwei Beispielen veranschaulichen: Da sind zum einen die **Gewerbesteuereinnahmen** zu nennen, die seit 1990 unter Berücksichtigung der Ersatzeinnahmen für den Wegfall der Gewerkekapitalsteuer um 4,5 % auf nunmehr 38,0 Mio. € **sinken** werden – die Gewerbeertragssteuer allein sogar auf 33,0 Mio. €! Dem stehen zum anderen die uns per Gesetz auferlegten von Jahr zu Jahr gestiegenen **Pflichtleistungen im Bereich der Sozial- und Jugendhilfe** gegenüber, die im Jahr 2002 unter Berücksichtigung der Änderungsliste noch einmal um 4,1 % auf 32,6 Mio. € anwachsen werden und somit gegenüber 1990 einen **Anstieg von 228,1 %** aufweisen. Die Einnahmen aus der Gewerbeertragssteuer werden also ausschließlich zur Deckung der Kosten für die Sozial- und Jugendhilfe benötigt, für andere Bereiche bleiben klägliche 400 T€ übrig. Diese Entwicklung, die auch bei anderen Einnahme- und Ausgabearten feststellbar ist, führt zwangsläufig in den Ruin. Sie kann so nicht weitergehen!

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion hat es in der Vergangenheit durchweg vermieden, Bund und Land für unsere jämmerliche Haushaltssituation verantwortlich zu machen. Wir waren immer der Meinung, daß wir zunächst einmal vor der eigenen



Haustür zu kehren haben – und da gibt es nach wie vor ein Übermaß an Aufgaben zu bewältigen –, ehe wir auf Bund und Land zeigen. Allerdings hatten wir auch stets die Hoffnung, daß Bund und Länder sich der fast unlösbaren Probleme von Städten und Gemeinden annehmen. Zumindest hätten wir aus dem parlamentarischen Raum einen erheblichen Druck auf die Regierungen und die Ministerialbürokratie erwartet. Fast alle Bundestags- und Landtagsabgeordneten sollten mit den Problemen der Kommunen bestens vertraut sein, weil sie als Kreistagsmitglieder, als Stadt- und Gemeinderäte selbst einschlägige Erfahrungen sammeln konnten. Nach Erhalt höherer Weihen sind offensichtlich diese Kenntnisse bei vielen in den hinteren Teil der untersten Schublade des Gedächtnisses verstaut worden.

Worum geht es? Ursachen für die äußerst negative Entwicklung des Haushalts gerade im letzten Jahr sind auf der Einnahmenseite u. a. die völlig unerwarteten Rückgänge der **Gewerbesteuer** und die hohen Einnahmeverluste des in seinen Auswirkungen nicht durchdachten **Steuersenkungsgesetzes** wie auch die Folgen aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen, worauf ich bereits im vorigen Jahr hingewiesen habe. Auf der Ausgabenseite ist der **Vollzug** zweifellos **wichtiger Bundes- und Landesgesetze** durch Städte und Gemeinden zu nennen, **ohne** daß die dafür erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt wurden: bei dem seit Jahren zunehmenden Ausgabevolumen in diesen Bereichen die Hauptursache für die miserable Finanzsituation! Die Kommunen verkommen zu reinen Außenstellen von Bund und Land. Ihr eigener **Entscheidungsspielraum** wird durch die aufgebürdeten finanziellen Lasten ohne Entlastung auf der Einnahmenseite von Jahr zu Jahr immer geringer. Folge: Die von der Bürgerschaft erwarteten Aufgaben im kommunalen Bereich können kaum noch gelöst werden. Wenn sich dann noch Herr Eichel im Zusammenhang mit dem "blauen" Brief zu der Behauptung versteigt, er habe den Bundeshaushalt in Ordnung, schuld am Staatsdefizit seien Länder und Gemeinden, dann ist diese Aussage angesichts der bereits erwähnten Steuergesetzgebung und der vom Bund verursachten Ausgabesteigerungen vor allem bei den Kommunen einigermaßen perfide und zeugt von wenig ausgeprägtem Verantwortungsbewußtsein für den Gesamtstaat.

Darüber hinaus wird der eigene finanzielle Spielraum noch durch das in höchstem Maße aufwendige und bürokratisierte **Zuschußunwesen** eingeengt, das die meisten – teils auch alltäglichen – Entscheidungen in den Gemeinden an einen Landes- oder Bundeszuschuß, dessen grundsätzliche Genehmigung und Höhe, knüpft.

Das allseits bekannte **neue Steuerungsmodell** geht u. a. davon aus, die Kommune könne wie ein Unternehmen geführt werden, das seine Produkte an die Bürger verkauft. Diese Annahme ist aber falsch. Richtig ist, daß die meisten Kommunen unter den gerade geschilderten Verhältnissen schon längst Insolvenzantrag beim Amtsgericht gestellt hätten: Eine Vorstellung, die allenfalls dem Bundeskanzler gefallen mag, der sich dann einmal mehr als Retter in der Not in Szene setzen könnte.

Meine Damen und Herren, man kann nur mit Nachdruck die Forderung des Deutschen Städtetages nach einer grundlegenden Neuordnung der Gemeindefinanzen unterstützen. Was wir wollen, ist eine an den kommunalen Aufgaben orientierte, uns durch das Grundgesetz garantierte **Finanzausstattung**, die unsere kommunale **Selbstverwaltung** wiederherstellt, nachhaltig stärkt und ausweitet. Dazu gehören die finanzielle Absicherung bei der Übernahme weiterer Pflichtaufgaben, die Beibehal-

tung eines eigenen Hebesatzrechtes für bestimmte Steuerarten, eine höhere Finanzausstattung für Städte mit überregionalen Funktionen, wie auch die Reduzierung der Zuschüsse von Bund und Ländern auf wichtige infrastrukturelle Maßnahmen und Aufgaben von überregionalem Rang.

Ich bezweifle allerdings – und das gilt über alle Parteigrenzen hinweg –, daß diese Wünsche auch nur annähernd erfüllt werden. Bund und Land sind kaum bereit, einen Teil ihrer Machtfülle abzugeben oder bürokratische Abläufe einzudämmen oder gar zu streichen. Trotzdem, meine Damen und Herren, die Zeit ist überreif für die angesprochenen Reformen. Geschieht hier nichts, werden wir weiterwursteln, den berechtigten Unmut der Bürger auf uns ziehen und letztlich auch noch die Reste des kommunalen Selbstverwaltungsrechts aufgeben müssen. Ich möchte Sie alle auffordern, in sämtlichen Gremien, denen Sie angehören, auf diese uns alle angehende Finanzproblematik hinzuweisen und den notwendigen Druck auf die Entscheidungsträger auszuüben.

Lassen Sie mich im Zusammenhang mit der Gesamtfinanzierung auch einige kritische Bemerkungen zur **Höhe der Kreisumlage** machen. Sie ist seit Jahren umstritten und führt jedesmal wieder zu Diskussionen. Es ist verständlich, wenn der Kreiskämmerer seinen Haushalt ausgeglichen darstellen will. Nun zeigen aber die Erfahrungen aus den vergangenen Jahren, daß der Kreiskämmerer regelmäßig Sicherheiten in einem Maße einbaut, die – wie im letzten Jahr geschehen – Mitte des Jahres Teilrückzahlungen der Kreisumlage möglich machen. Hätte dies rechtzeitig bei der Aufstellung der Gemeindehaushalte berücksichtigt werden können, wäre ganz sicher die Genehmigung dieser Haushalte durch eben diesen Kreis als Genehmigungsbehörde erleichtert worden. Für den **Kreishaushalt 2002** hatte der Kreiskämmerer eine Erhöhung der allgemeinen Kreisumlage von 1,51 %-Pkt. vorgesehen. Die Konferenz der Bürgermeister hat nach eingehender Beratung über die Eckwerte des Kreishaushaltes den Kreis gebeten, auf die Erhöhung der Kreisumlage im Hinblick auf eine Gleichgewichtung der finanziellen Risiken zwischen Kreis und kreisangehörigen Kommunen zu verzichten. Letztlich ist ohne wesentlich neuere Tatsachen (!) die Erhöhung der Kreisumlage um willkürliche 0,75 %-Pkt. beschlossen worden, für Siegen immerhin ein Betrag von rd. 420 T€, der die auf Siegen entfallende Gesamtkreisumlage auf 31,4 Mio. € oder 61,3 Mio. DM steigen läßt. Bei der Not aller Kommunen ist das schlicht nicht nachvollziehbar!

Es sollte auch endlich untersucht werden, welche **Vermögenswerte des Kreises** für seine Aufgabenerfüllung notwendig sind. Siegen als leider kreisangehörige Stadt – mit 36,3 % an der Gesamtkreisumlage beteiligt – ist selbst seit Jahren gezwungen, in erheblichem Umfang Vermögenswerte zu veräußern, um Instandhaltung und Reparaturen an Schulen, Straßen, Sportplätzen etc. durchführen und den Verwaltungshaushalt ausgleichen zu können. Ich frage, warum kann nicht auch der Kreis bestimmte Vermögenswerte veräußern, um damit die Kreisumlage zu senken? Dieses Vermögen konnte schließlich nur aus den Umlagen der Kommunen gebildet werden. Ich bitte alle Kreistagsmitglieder, die diesem Rat oder als sachkundige Bürger unseren Ausschüssen angehören, das Thema der Vermögensveräußerungen des Kreises aufzugreifen und zügig daran zu arbeiten. – Eine weitere Bitte nach dem Motto "das Hemd ist mir näher als der Rock": Wenn Sie Beschlüsse im Kreistag fassen müssen, lassen Sie das Stadthemd an!

Kommen wir nun zu uns selbst, zu dem, was wir selbst beeinflussen können. Da ist zunächst einmal positiv zu vermerken, daß die für 2001 entschiedene "Deckelung" der **Personalkosten** unter Berücksichtigung der ebenfalls beschlossenen Schulsozialarbeit auf 54,8 Mio. € trotz einer höheren Tarifsteigerung nahezu eingehalten wurde. Das **Ist** von 55,0 Mio. € wurde vergleichsweise nur mit 0,4 % leicht überschritten. Das ist ein Erfolg, wenn das auch nicht von jedem so gesehen wird.

Nicht ganz so erfreulich ist die Entwicklung der von mir in meiner Haushaltsrede 2000 beispielhaft angeführten **Haushaltsbereiche** (Kultur- und Sporteinrichtungen, Park-, Garten- und Friedhofsanlagen, Hallen, Verwaltungsstellen etc.). Zwar sollen die Defizite im **Ansatz** im Vergleich zum damaligen **Ist** nur um 3,8 % auf 21 Mio. € steigen, wobei abzuwarten bleibt, ob diese Zahlen realistisch sind und durch das **Ist 2001** bestätigt werden; gleichwohl kann von einem Defizitabbau in diesen Bereichen überhaupt keine Rede sein. Das ist mehr als enttäuschend! Man hätte doch annehmen dürfen, daß sich die zuständigen Fachbereichsleiter und Dezernenten nach und nach jede Abteilung, Institution usw. vornehmen würden, um durch Umorganisation, durch Verbesserung der Arbeitsabläufe u. dergl. die Zuschußbedarfe abzubauen. Aber leider ist davon z. Zt. nicht viel zu spüren. Welche Ansatzpunkte es dazu gibt, habe ich schon früher des öfteren geäußert und will das hier nicht wiederholen.

In den ganz seltenen Fällen, in denen tatsächlich einmal versucht wurde, Kosten in namhaftem Umfang zu senken, sind wir kläglich gescheitert:

– Beispiel **Volkshochschule**:

Da wurde gemeinsam mit der VHS des Kreises geprüft, ob es Kooperationsmöglichkeiten gibt, die geeignet sind, vor allem die Verwaltungskosten beider Institute zu senken. Man sprach über die Einsparung von insgesamt drei bis vier Verwaltungskräften, die eine frühere Führungskraft des Kreises als denkbar angesehen hatte. Da nun leitende Mitarbeiter aus beiden VHS mit dieser Untersuchung beauftragt wurden, war das Ergebnis nicht mehr überraschend: Kooperation – nein Danke!

– Beispiel **neues Kreisarchiv**:

Bekanntlich muß für den Kreis Siegen-Wittgenstein ein Kreisarchiv eingerichtet werden. Gerade da hätte es sich angeboten, ein gemeinsames Kreis- und Stadtarchiv zu führen, um gegenüber zwei getrennten Archiven Personal- und Sachkosten einzusparen. Zudem wäre allein schon von der Aufgaben- seite her ein gemeinsames Archiv ideal: Unser jetziges seit vielen Jahren gut geführtes Stadtarchiv kann für sich in Anspruch nehmen, wesentliche Daten, Ereignisse etc. mindestens für den Altkreis Siegen in ein solches gemeinsames Archiv einbringen zu können. Die mühsame Arbeit, sich durch unzählige Aktenberge des Kreises durchzuarbeiten, sie zu sichten, die wichtigen Teile zu erkennen, auszusortieren und zu archivieren, wäre gemeinsam viel einfacher und schneller zu bewerkstelligen als jetzt geplant. Hier hätte man nicht nur auf das Material des Stadtarchivs zurückgreifen können, sondern sich auch auf die seit Jahren in der Region verwurzelten Fachleute mit ihren Kenntnissen und dem nicht archivierten Wissen abstützen können. Leider war der Kreis dazu nicht bereit.

Nun könnte man ja in beiden Fällen die Schultern zucken, über die nicht erreichten Ziele ein wenig trauern und zur Tagesordnung übergehen. Wirklich ärgerlich und nicht nachvollziehbar ist aber folgendes: Über die **Kreisumlage** haben wir anteilig die **Zuschußbedarfe** der Kreis-VHS und des Kreisarchivs zu tragen, einer Kreis-VHS, die von unseren Bürgern nicht besucht wird und die längst nicht ein so breit gefächertes Angebot vorhält wie die städtische VHS, und eines Kreisarchivs, das in wesentlichen Teilen auf das Wissen der Mitarbeiter und der Archivmaterialien des Stadtarchivs zurückgreifen könnte.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, so enttäuschend das Ergebnis hinsichtlich der denkbaren Einsparmöglichkeiten in allen Bereichen der Verwaltung auch sein mag, wir haben die Hoffnung bis jetzt nicht aufgegeben, daß die **Arbeitsgruppe Aufgabenkritik** nun bald voran kommt und endlich Resultate vorweist, auf die wir schon lange warten. Dann könnte ein Großteil der schon in früheren Jahren angesprochenen Problemfelder einer Lösung in positivem Sinne zugeführt werden.

Lassen Sie mich zusammenfassen: Unser Haushalt, insbesondere der Verwaltungshaushalt, stellt sich zu Beginn des Jahres 2002 in einem Zustand dar, der mehr als besorgniserregend ist. Daran sind vor allem äußere Einflußfaktoren maßgeblich beteiligt, die wir nicht ändern können. Unsere eigenen Rationalisierungsmöglichkeiten sind nach Auffassung der CDU-Fraktion immer noch nicht auch nur annähernd ausgeschöpft und nachhaltig vorangetrieben. Somit läßt uns dieser vorgelegte Haushaltsentwurf kaum einen Handlungsspielraum.

Obwohl die CDU-Fraktion – genau wie Sie alle – in vielen Bereichen erhebliche Wünsche unerfüllt sieht und für die Fortentwicklung dieser Stadt und für die Verbesserung der Lebensqualität ihrer Bürger noch unzählige Forderungen aufstellen könnte, hat sie, wie Sie aus den Beratungen im HFA wissen, aus ihrer Verantwortung für einen geordneten Haushalt weitere Sparmaßnahmen und nur minimale zusätzliche Ausgaben beantragt.

Wie bereits im Vorjahr mit einigem Erfolg praktiziert, schlagen wir Ihnen vor, im **Personalwesen** von den geplanten 4,5 Mehrstellen per Saldo nur 1,5 Stellen zu genehmigen, die Personalkosten auf 55,561 Mio. € zu begrenzen, eine Beförderungssperre von 12 Monaten von Besoldungsgruppe A 10 an aufwärts auszusprechen, und im übrigen der Fortschreibung des Personalkosten-Konsolidierungskonzeptes (Vorlage 1679/02) zuzustimmen. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die Beratungen im HFA und erspare mir eine erneute Begründung.

An **zusätzlichen Ausgaben** haben wir beantragt, im **Verwaltungshaushalt** für bauliche Unterhaltungsmaßnahmen im Oberen Schloß 100 T€, für Zuschüsse an Sportvereine 10 T€, im **Vermögenshaushalt** für die Schulhofsanierung der Pestalozzischule 15 T€ bereitzustellen. Diese Vorschläge wurden in den zuständigen Fachausschüssen und im HFA beraten. – Ansonsten stimmen wir auch den weiteren Änderungsempfehlungen der Bezirks- und Fachausschüsse gem. der Vorlage 1711/02 B zu.

Wir unterstützen den Plan, zusätzlich zur **Glückauf-Kampfbahn** auch den **Sportplatz Charlottental** mit Kunstrasen auszustatten. Wann mit dem Baubeginn für bei-

de Maßnahmen zu rechnen ist, hängt allerdings von den Zuschußentscheidungen ab. Die jetzigen Haushaltsansätze werden daher zunächst nicht aufgestockt.

In den beiden vergangenen Jahren wurden auf Initiative der CDU-Fraktion zwei **Sonderprogramme** beschlossen (im Jahr 2000 = 1,53 Mio. € für Straßen, im Jahr 2001 = 1,79 Mio. € für Schulen und Sportplätze), die – bis auf zwei größere Maßnahmen im Straßenbau – beide von der Verwaltung nahezu vollständig abgearbeitet werden konnten, was wir ausdrücklich begrüßen. Obwohl der Zustand von Gebäuden, Straßen, Sportplätzen durchaus die Auflage eines weiteren Sonderprogrammes in diesem Jahr rechtfertigen würde, verzichten wir aufgrund der prekären Haushaltslage darauf. Wie Sie ja wissen, sind dem Verwaltungshaushalt insgesamt 8 Mio€ aus Vermögenserlösen zuzuführen. Da bleibt mit Blick auf die mittelfristige Finanzplanung kein Raum für zusätzliche Vermögenserlöse!

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, die weitere mittel- und langfristige Entwicklung unserer Stadt, vor allem die Verbesserung der Infrastruktur durch wichtige Investitionen und rechtzeitige Aufstellung von Rahmenplänen, Konzepten, konkreten Planungen etc. ist immer ein großes Anliegen der CDU-Fraktion. In diesem Bereich ist die Verwaltung im letzten Jahr ein gutes Stück voran gekommen. Dafür danken wir ausdrücklich.

Folgende Großinvestitionen sind abgeschlossen oder befinden sich in Bau:

- Die Projektgesellschaft hat das **Gewerbegebiet Heidenberg** termingerecht erschlossen und mit der Vermarktung begonnen. Wir begrüßen ausdrücklich die IKEA-Ansiedlung, für die Stadt sicher ein weiterer Anziehungspunkt!
- Die **Modernisierung des Siegerlandzentrums** ist nach langen Jahren der Planungen und Verhandlungen mit den Eigentümern und Geschäftsleuten nun endlich Ende des letzten Jahres abgeschlossen worden,
- die Erweiterung der **Realschule am Hengsberg** befindet sich in Bau,
- der Umbau des **Dr.-Ernst-Schuppener-Hauses** ist eingeleitet,
- auf die fast abgeschlossene Umsetzung der Sonderprogramme wurde bereits hingewiesen.

Bei einigen Großinvestitionen hakt es noch:

- So warten wir seit langem auf die endgültige Entscheidung des Landes über seine finanzielle Beteiligung bei der **Errichtung des Apollo-Theaters**.
- Die **Kinder- und Jugendfreizeitanstalt** am Bertramsplatz verzögert sich. Wider Erwarten erhöhen sich die Baukosten von den ursprünglich genannten 435 T€ (= 850 TDM) um unglaubliche 67,8 % auf 730 T€ (= 1,4 Mio. DM). Entweder waren hier "Stümper" am Werk oder der Rat ist damals mit einer niedrigen Summe verschaukelt worden. Beides ist skandalös. – Gleichwohl wird die CDU-Fraktion der Beschlußvorlage zustimmen, weitere Kostensteigerungen werden wir jedoch nicht hinnehmen.
- Das **Wohnungsbaugelände Giersberg-Ost** ist ebenfalls ins Stocken geraten. Mit Magerrasen, Biotopen, vermeintlich gebietstypischen Pflanzen- und Tierarten kann man heute vieles verhindern. Man könnte geneigt sein, speziell der Siegener Bevölkerung anzuraten, sich beizeiten in andere Städte und

Gemeinden abzusetzen, damit hier bei uns eine beschauliche Oase bündnisgrüner Planspielchen ohne Zukunft entstehen kann.

- Die vor einem Jahr angekündigte baldige Vertragsregelung über das **Busdispositionssystem** und den **Busbereitstellungsplatz** läßt nach wie vor auf sich warten. Wenn es zutrifft, daß unterschiftsreife Verträge im April vorliegen sollen, sind wir bereit, unsere Entscheidung, das Busdispositionssystem nicht zu bauen, bis dahin auszusetzen. Nach nunmehr 3½-jähriger Inbetriebnahme des ZOB müssen allerdings schon sehr gute Gründe für die Notwendigkeit dieses Dispositionssystems vorgebracht werden, zeigt doch die tägliche Praxis, daß es überflüssig ist!

**Andere wichtige Bauobjekte** wie z. B. die Umgestaltung der Ortsmitte Eiserfeld, der Siegbergtunnel, der Bau einer neuen Hauptfeuerwache, das Bürgerhaus Geisweid befinden sich zwar in der Vorplanung oder Planung, ihre finanzielle Absicherung allerdings ist aus heutiger Sicht kaum vorstellbar.

Der Verwaltung ist zu danken für die Erstellung eines **Wohnflächenkonzeptes** für die **Gesamtstadt**. Hier wird erstmalig deutlich, in welchen Stadtteilen und auf welcher Zeitschiene denkbare Grundstücksflächen bebaut werden könnten. Die zuständigen Ausschüsse haben sich ausführlich damit beschäftigt und Prioritäten festgelegt. Dieses langfristig angelegte Konzept bietet einen guten Handlungsrahmen, nach dem Verwaltung und Politik arbeiten können. Das **Wohnflächenkonzept Wellersberg** bedarf allerdings noch einer kurzfristigen besonderen Bearbeitung wegen neuer Erkenntnisse und Wünsche des DRK-Kinderkrankenhauses.

Für das aufgrund unseres Antrags ungewöhnlich schnell erarbeitete **Industrie- und Gewerbeflächenkonzept** möchten wir ebenfalls der Verwaltung besonders danken. Hier wurden drei Standorte untersucht. Nach eingehender Beratung hat der Haupt- und Finanzausschuß als Planungsausschuß in der Dezembersitzung des vorigen Jahres beschlossen, die Gebiete Faule Birke / Eisernhardt / Oberes Leimbachtal, Oberschelden / Seelbach und Haardter Berg gleichrangig weiter zu planen. Wir erwarten eine zügige Bearbeitung, um recht bald Entscheidungen treffen zu können. – Allerdings regt sich schon in den zwei wichtigsten Gebieten Widerstand der vermeintlich betroffenen Bevölkerung wie auch der Eigentümer der zur Diskussion stehenden Flächen. Das ist für uns eine Begründung mehr, am **Standortübungsplatz Trupbach** festzuhalten: Hier haben wir es mit einem einzigen verkaufswilligen Eigentümer zu tun und könnten mit 30 % der Gesamtfläche des Standortübungsplatzes den Gewerbeflächenbedarf der Stadt vollständig decken, wozu andererseits jedoch die drei oben genannten Gebiete zusammen benötigt würden. Leider werden sinnvolle, leicht realisierbare und vergleichsweise preiswerte Möglichkeiten seitens Bündnis 90/Die Grünen in der Stadt und am Koalitionstisch in Düsseldorf weiterhin blockiert und nachhaltig verhindert.

Ein Thema, das in engem Zusammenhang mit dem angedachten Gewerbegebiet Faule Birke / Eisernhardt / Oberes Leimbachtal steht, wird uns vielleicht demnächst beschäftigen: Hierzu sei kurz auf die Äußerungen des Bürgermeisters von Wilnsdorf eingegangen, der sich vehement dagegen ausspricht, eine neue **Zufahrt** von der Mülldeponie in der **Fludersbach zur Eremitage** zu bauen, womit aus Siegener Sicht insbesondere die ungeheure Belastung der Wohnbevölkerung in der Fludersbach

beseitigt würde. Er schlägt vor, für die künftige Wertstoffsartierung und den Umschlag für den Weitertransport zur Verbrennungsanlage nach Iserlohn als Standort das Leimbachtal vorzusehen, das unweit der Autobahnanschlusstelle Siegen-Süd liegt. Dann könne "der Bereich Fludersbach komplett freigestellt werden". Abgesehen davon, daß das Deponiegelände Fludersbach auch nach seiner Freistellung für andere Verwendungen für viele Jahre nicht genutzt werden kann, frage ich mich, ob nicht für eine Müllsortier- und Umschlagsanlage der Bereich der Autobahnanschlusstelle Wilnsdorf wesentlich geeigneter wäre. Ich erwarte, daß die Verwaltung auf die Ansinnen aus Wilnsdorf – sollten sie denn ernsthaft verfolgt werden – entsprechend reagiert.

Das nunmehr vorliegende **Bädergutachten** wird in den nächsten Monaten uns alle beschäftigen und möglicherweise vor gravierende und unpopuläre Entscheidungen stellen. – Dasselbe gilt für den gerade veröffentlichten **Verkehrsentwicklungsplan**.

Sie sehen, meine Damen und Herren, trotz der überaus schlechten Finanzlage wird und muß es in Siegen weitergehen. Wir werden alles versuchen, aus dieser Situation das beste zu machen. Gehen wir mit Optimismus an die Arbeit!

Lassen Sie mich zum Schluß allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung den Dank der CDU-Fraktion aussprechen. Sie alle haben – wie auch schon in den vergangenen Jahren – trotz vieler Probleme die ihnen aufgetragenen Arbeiten mit viel Einsatz erfüllt. Die CDU-Fraktion hofft mit diesem Dank, den Sie bitte, Herr Bürgermeister, weitergeben wollen, daß die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ungeachtet aller Widrigkeiten mit Engagement und gutem Willen auch weiterhin ihre Aufgaben für das Wohl der Stadt Siegen und damit auch das ihrer Bürgerinnen und Bürger erfüllen.

Glück auf!

---

**REDE****des Vorsitzenden der SPD-Fraktion****Karl Wilhelm Kirchhöfer**

zur Verabschiedung der Haushaltssatzung/ des Haushaltsplanes 2002

in der Sitzung des Rates der Stadt Siegen

am 27.02.2002

Es gilt das gesprochene Wort
------------------------------

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

die Schlagzeilen über die Finanznot der Städte und Gemeinden reißen derzeit nicht ab. Gravierende Steuerverluste sowie ständig wachsende gesetzliche Ausgabenverpflichtungen führen zu kollabierenden Kommunalhaushalten, in dessen Folge die Infrastruktur verfällt und bisher gewohnte Leistungsangebote gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern dramatisch zurückgefahren werden.

Die Zukunft der Städte und damit auch der kommunalen Selbstverwaltung steht angesichts drohender Rekorddefizite auf dem Spiel. Aus eigener Kraft ist ein Entkommen aus der Schuldenfalle kaum noch möglich. Überladen mit Pflichten und Kosten kann entscheidend nicht mehr gegengesteuert werden. Die Ausgleichsmechanismen funktionieren nicht mehr. Was dringend fehlt, ist eine Gemeindefinanzreform, die ihren Namen auch verdient. Insofern sollte die hierzu vom Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen angestoßene Initiative parteiübergreifende Unterstützung finden.

Allerdings ist auch Soforthilfe nötig. Hierzu gehört meines Erachtens die direkte Korrektur von durch die Steuerreform 2001 eingetretenen – offensichtlich nicht gewollten – Fehlentwicklungen. Es ist schon schlimm, wenn wir hilflos zusehen müssen, wie global tätige Konzerne die Gewinne der Muttergesellschaft mit Verlusten von Tochtergesellschaften verrechnen – oder umgekehrt – und damit legal ihre Steuerlast gegen Null fahren. Gerade die bisherigen Hauptgewerbesteuerzahler verabschieden sich derzeit zunehmend aus der Mitfinanzierung städtischer Aufgaben.

Übertroffen wird diese steuerpolitische, aber auch gesellschaftspolitische Fehlentwicklung noch durch die jüngste Nachricht, dass der Landesfinanzminister für 2001 keine Einnahmen aus der Körperschaftsteuer verzeichnen wird und statt dessen Rückzahlungsverpflichtungen in Höhe von 1,5 Mrd. DM vor sich herschiebt. Aus welchem Topf, meine Damen und Herren, sind diese Erstattungszahlungen wohl zu erbringen? Die Antwort ist einfach. Es sind die Lohn- und Einkommensteuerzahlungen der Bürgerinnen und Bürger, die hierfür herhalten müssen.



Anrede,

von der dramatischen Entwicklung der Kommunalfinzen ist der Haushalt unserer Stadt nicht verschont geblieben. Nach der zur heutigen Sitzung vorgelegten Änderungsliste des Stadtkämmerers beläuft sich das Gesamtdefizit des Verwaltungshaushaltes 2002 auf rund 25,3 Mio. Euro. Das ist Rekord. Allerdings spiegelt dieses Ergebnis noch nicht das tatsächliche Ungleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben wider. Mir liegt sehr daran, an dieser Stelle noch einmal für jeden erkennbar deutlich zu machen, dass nur durch die Zuführung von weiteren Veräußerungserlösen aus dem RWE-Aktienbestand in einer Größenordnung von jetzt 8 Mio. Euro das Allerschlimmste verhindert werden kann.

In den folgenden Jahren soll nach den Daten der mittelfristigen Finanzplanung ähnlich verfahren werden, so dass der Gesamtbestand der im Haushalt geführten RWE-Aktien wohl zum Ende des Jahres 2005 für konsumtive Ausgaben verfrühstückt sein wird. Die Folge ist, dass uns dadurch dauerhaft die bisherigen RWE-Dividendenerlöse im Haushalt fehlen.

Ich will nur daran erinnern, dass die SPD-Fraktion in Zeiten, als sie noch haushaltspolitische Verantwortung in Siegen trug, RWE-Veräußerungserlöse überwiegend zur Schuldentilgung bzw. zur Substanzerhaltung von städtischem Anlagevermögen eingesetzt hat.

Anrede,

in der November-Ausgabe der CDU-Lokalzeitung „Unterm Krönchen“ hat Kollege Mues als oberstes Gebot ausgegeben, den städtischen Haushalt wieder in Ordnung zu bringen. Wörtlich heißt das: „Wir müssen erhebliche Anstrengungen unternehmen, die nicht in einem Jahr zum Erfolg führen können, sondern nur über mehrere Jahre ihre Wirkung zeigen. Unter dem Primat der finanziellen Machbarkeit werden in den nächsten Jahren alle Forderungen, alle Wünsche und viele, auch bereits angesprochene oder in Planung befindliche Projekte zu stehen haben und zu diskutieren sein.“ Dem ist, Herr Kollege, zunächst aus meiner Sicht nichts hinzuzufügen. Allerdings klaffen Anspruch und Wirklichkeit der CDU-Fraktion und des von ihr getragenen Bürgermeisters weit auseinander.

Nicht nur die in der gleichen Ausgabe der Lokalzeitung gemachten Versprechungen für die Zukunft, sondern auch das unterjährige Agieren der Fraktion lassen erkennen, dass man es mit der Frage der Haushaltskonsolidierung offensichtlich doch nicht so ernst nimmt. Überhaupt scheint Verlässlichkeit nicht unbedingt zu den Tugenden der Mehrheitsfraktion und des Bürgermeisters zu gehören. Prägnante Beispiele hierfür sind gerade in jüngster Zeit den Mitgliedern der städtischen Gremien und auch der interessierten Öffentlichkeit nicht verborgen geblieben.

So ist es für die SPD-Fraktion überhaupt nicht nachvollziehbar, wie geradezu in Wildwest-Manier in der letzten HFA-Sitzung die Haushaltsmittel für das Busdispositionssystem ersatzlos eliminiert werden sollten, und zwar ohne dass hierfür durch die Verwaltung beratungs- bzw. entscheidungsrelevante Unterlagen vorgelegt worden waren. Sicher ist auch für die SPD-Fraktion die Geschichte dieser Investitionsmaß-

nahme außerordentlich unbefriedigend. Aber vor dem Hintergrund, dass Bürgermeister und Stadtbaurat in der gleichen Sitzung kurzfristig die Präsentation von entsprechenden Informationen zum Busdispositionssystem zugesagt hatten, war die emotionale Auseinandersetzung mit diesem Thema in der HFA-Sitzung am 13.02.2002 völlig überflüssig. Nur durch „politische Akrobatik“ konnte letztlich die berühmte Kuh doch noch vom Eis gebracht werden.

Kein Beispiel für Verlässlichkeit ist auch die Einstellung der CDU-Fraktion zur Einrichtung der Jugendfreizeiteinrichtung Bertramsplatz.

Noch in der Jugendhilfeausschusssitzung am 17.01. dieses Jahres haben die Jugendpolitiker der Union die sofortige Realisierung der neuen Jugendfreizeiteinrichtung auf der Basis des vom Bürgermeister vorgeschlagenen Kostenrahmens gefordert. In zwei darauf folgenden Sitzungen des Bauausschusses war hiervon jedoch keine Rede mehr. Vielmehr wurde durch die CDU-Mehrheit im Bauausschuss das für die offene Jugendarbeit dieser Stadt wichtige Projekt blockiert. Hier dürfte, meine Damen und Herren von der CDU, Ihrerseits Erklärungsbedarf gegeben sein. Wie wollen Sie vor allem Ihre Haltung gegenüber den Jugendlichen deutlich machen, die sich mit viel Engagement in das Projekt ehrenamtlich eingebracht haben.

Keine Verlässlichkeit auch beim Stellenplan. In der entscheidenden Sitzung des Personalausschusses wurden zunächst einmal die Personalkosten der Verwaltung durch Mehrheitsdekret um 500.000 € reduziert. Dies muss nicht nur für den Bürgermeister als Personaldezernent ein Schock gewesen sein. Eine leichte Korrektur erfolgte bekanntlich in der letzten Sitzung des HFA. Wie die Verwaltung letztlich den so reduzierten Personalhaushalt im Jahre 2002 fahren soll, überlässt die CDU-Fraktion dem offensichtlich in dieser Frage vollkommen verunsicherten Bürgermeister. Hatte er doch noch mehrfach erklärt bzw. durch seinen Personalamtsleiter verkünden lassen, dass der vorgelegte Stellenplan einschließlich Personalkostenkalkulation mit außerordentlich großen Risiken behaftet sei.

Die jetzt vorgenommene Deckelung ist schlicht und einfach willkürlich und entbehrt jeder sachlichen Grundlage und Realitätsnähe. Die SPD-Fraktion fordert den Bürgermeister, zugleich in seiner Eigenschaft als Personaldezernent, ausdrücklich zu der Erklärung auf, ob der gedeckelte Personalkostenansatz von der Verwaltung eingehalten werden kann; und wenn ja, mit welchen Mitteln er die Zielerreichung sicherstellen will. Spannend für uns ist auch die Frage, ob der Bürgermeister erneut – wie im Haupt- und Finanzausschuss – durch sein Abstimmungsverhalten deutlich macht, dass er selbst nicht mehr hinter seiner eigenen Stellenplanvorlage steht.

Anrede,

geradezu abenteuerlich ist die Verweigerungshaltung der CDU-Fraktion bei der Einrichtung von zwei Brandmeisterstellen im Feuerschutz- und Rettungsdienst unserer Stadt. Es ist erst wenige Monate her, als mit hohem Lobgesang der Brandschutzbedarfsplan der Stadt Siegen einstimmig durch den Rat der Stadt verabschiedet wurde. Gleichzeitig wurde die Verwaltung aufgefordert, die sich aus dem Brandschutzbedarfsplan ergebenden zusätzlichen Ressourcen im Interesse der Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger auch tatsächlich in den kommenden Haushaltsplänen zu berücksichtigen. Wie sieht heute die Realität aus? Die CDU-Fraktion verweigert die

noch nach dem Brandschutzbedarfsplan vorgesehenen zwei zusätzlichen Stellen, und zwar ohne hierfür eine auch nur ansatzweise nachvollziehbare Begründung abzuliefern.

Weniger kostenbewusst geht man dagegen mit anderen organisatorischen und stellenplanrelevanten Fragen um. So ist es nach wie vor für meine Fraktion mit der von der CDU postulierten Sanierungsabsicht unvereinbar, die Forderung nach Einrichtung einer zweiten wissenschaftlichen Stelle im Siegerland-Museum mit einer jährlichen Folgekostenbelastung von mindestens 60.000 € weiter aufrechtzuerhalten. Ebenso kein Verständnis haben wir für die bereits durchgeführte Aufteilung des Fachbereiches 8 mit der Neugründung eines Fachbereiches 9. Hier wird ohne Not eine neue hoch dotierte Stelle geschaffen. Ich bitte den Bürgermeister zu erklären, wie die derzeitige und wohl auch noch länger beabsichtigte Führung der beiden Fachbereiche in Personalunion mit seiner zur Sitzung des Personalausschusses am 13.02.2001 abgegebenen Begründung für die Trennung des Fachbereiches 8 übereinstimmt, wonach – ich zitiere – „aufgrund der überhöhten Leitungsspanne, der zahlreichen bedeutsamen Aufgaben sowie im Hinblick auf die zukünftige Personalentwicklung die Trennung des Fachbereiches erforderlich ist.“

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal in Erinnerung rufen, dass die SPD-Fraktion mehrfach in der Vergangenheit die Beauftragung einer externen Organisationsuntersuchung in der technischen Bauverwaltung gefordert hat. Die Notwendigkeit, zu einer verbesserten Organisationsform und zu optimierten Arbeitsabläufen in diesem Aufgabenbereich zu kommen, ist aufgrund der vielfältig geäußerten Kritik an der Umsetzung von Beschlüssen und Maßnahmen im Baubereich fraktionsübergreifend unbestritten.

Wir bedauern es außerordentlich, dass sich die Mehrheitsfraktion bisher nicht zu einem solchen innovativen Schritt entschlossen hat. Statt dessen werden Fakten geschaffen, die abseits jedweder sinnvoller organisatorischer Lösung liegen und darüber hinaus zwangsläufig zusätzliche Kosten verursachen.

Keine klare Linie ist auch erkennbar bei der Gestaltung von Gebühren und Entgelten. So hat es anlässlich der Entgeltfestsetzungen für die Frei- und Hallenbäder sowie bei der Änderung der Entgeltordnung für das Siegerland-Museum im Sport- und Bäderausschuss bzw. im Kulturausschuss einstimmige Empfehlungsbeschlüsse gegeben. In den darauf folgenden Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses wurden jedoch diese Beschlüsse wieder umgestoßen. Wie der Zauberer das Kaninchen aus dem Hut, präsentierte die CDU-Fraktion plötzlich zur Überraschung aller neue Gebührentarife und setzte diese selbstverständlich kraft ihrer Mehrheit auch durch. Dies geschah gegen die fundierten Empfehlungen der Fachausschüsse und ohne dass den anderen Fraktionen die Möglichkeit gegeben wurde, die gemachten Änderungsvorschläge fraktionsintern zu diskutieren.

Anrede,  
die SPD-Fraktion begrüßt ausdrücklich, dass im Haushalt 2002 für die Hochbauunterhaltung insgesamt deutlich mehr als 5 Mio. € zur Verfügung gestellt werden. Dabei nehmen wir mit Befriedigung zur Kenntnis, dass durch die landesseitige Einführung der Schulpauschale insbesondere die Schulbauunterhaltung gegenüber den

„Regelansätzen“ der vergangenen Jahre um 1,5 Mio. € verstärkt wurde. Damit kann ein spürbarer Beitrag zum Abbau des nachgewiesenen Instandsetzungsstaus an unseren Schulen geleistet werden. Erkennbar für uns ist jedoch, dass die städtische Hochbauverwaltung auch aufgrund weiterer Aufgabenstellungen nicht in der Lage sein wird, die Gesamtunterhaltungsmittel wirtschaftlich sinnvoll innerhalb eines Haushaltsjahres abzuwickeln. Von daher sind wir der Auffassung, dass zeitlich befristete Einstellungen für die Hochbauverwaltung vorgenommen werden sollten. Fremdvergaben im nennenswerten Umfang lehnen wir bei Instandsetzungsarbeiten ab. Sie sind nach allen Erfahrungen, die wir damit gemacht haben, unwirtschaftlich, schmälern das immer noch zu knappe Instandsetzungs- und Unterhaltungsbudget und fordern darüber hinaus auch einen entsprechenden Koordinierungsaufwand in der Verwaltung. Auf der Grundlage dieser Einschätzung ist sicher nachvollziehbar, warum wir anlässlich der Stellenplanberatungen entsprechende Forderungen zur Umwandlung einer Teilzeitstelle in der Hochbauverwaltung gestellt haben. Auch dieser Antrag wurde durch die CDU-Fraktion abgelehnt.

Kontraproduktiv zur postulierten Haushaltskonsolidierung ist das nachhaltige Festhalten der CDU-Fraktion an der sofortigen Realisierung des Naherholungsgebietes Numbach. Ohne Rücksicht auf sonstige Sachzwänge sollen hierfür über 100.000 € in den Haushalt 2002 eingestellt werden.

Es wird keine Rücksicht mehr genommen auf möglicherweise zur Verfügung stehende Landeszuschüsse, nein, hier muss ein Projekt auf Gedeih und Verderb – aus welchen Motiven auch immer – durchgezogen werden. Unabhängig von der zu lösenden Parkplatzsituation durch den Erweiterungsbau des Berufskollegs hat die SPD-Fraktion beantragt, die für die Numbach gebundenen Mittel zur Verstärkung der Instandsetzungsnotwendigkeiten bei den städtischen Straßen zur Verfügung zu stellen. Vor allem vor dem Hintergrund der eingetretenen Winterschäden wäre nach unserer Auffassung ein solcher Mitteleinsatz wesentlich sinnvoller gewesen. Leider sind wir auch hier mit unserem diesbezüglichen Antrag am Machtblock der CDU gescheitert.

Anrede,

die Ausweisung von neuen Gewerbeflächen zur Sicherung von bestehenden und zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen ist für unsere Stadt überlebenswichtig. In dieser Frage besteht in diesem Hause großer Konsens. Angesichts des bestehenden Gewerbeflächedefizites und der ungelösten Problematik des Truppenübungsplatzes hat die SPD-Fraktion im Sommer des vergangenen Jahres dezidierte Vorschläge zur Ausweisung eines Gewerbegebietes im Bereich Oberschelden/Autobahnraststätte unterbreitet. Die hierzu von der Verwaltung vorgelegte Machbarkeitsstudie, die auch weitere Gewerbeflächenalternativen aufzeigt und untersucht, wird von uns ausdrücklich begrüßt. Wir erwarten, dass die Verwaltung mit Hochdruck an dem weiteren Verfahren, insbesondere an der Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen, arbeitet.

Erkennen müssen wir aber auch, dass uns bei jedem Planungsvorhaben der Wind kräftig entgegenbläst. Ohne die Interessen der Gegner solcher Planungsvorhaben einfach vom Tisch wischen zu wollen, muss doch in Erinnerung gerufen werden, dass das Allgemeinwohl – und hier insbesondere die wirtschaftliche Entwicklung un-

serer Gesamtstadt – Vorrang vor Einzelinteressen haben muss. Ich hoffe, dass Sie, Herr Bürgermeister Stötzel, bei der weiteren Diskussion Rückgrat beweisen. Ich hoffe, dass ich einer Täuschung unterliege, wenn ich aufgrund der aktuellen Berichterstattung über die Veranstaltung der Bürgerinitiative Seelbach empfinde, Sie wären schon ein klein wenig eingeknickt.

Die Aktivierung und Belebung der Oberstadt ist für uns alle ein wichtiges Thema. Bereits bei Ihrem Amtsantritt, Herr Bürgermeister, haben Sie erklärt, dass die Oberstadt durch Ihr aktives Zutun wieder erblüht, und Sie haben von daher die Strukturoffensive Oberstadt zur Chefsache gemacht. Schwerpunkt Ihrer Arbeit sollte – nach eigenem Bekunden – die Reaktivierung des Kerber-Kaufhauses sein. Heute müssen wir als Ergebnis feststellen, dass es für uns kein erkennbares Ergebnis gibt. Sie, Herr Stötzel, stehen in der Pflicht, Ihren wiederholten Ankündigungen nun endlich Taten folgen zu lassen.

Gleiches gilt im Übrigen auch für die von Ihnen wiederholt angekündigten Vorlagen zu den Themen „Zentrales Gebäudemanagement“ und „Aufgabenkritik“. Die von Ihnen hierzu in der letzten HFA-Sitzung abgegebenen Erklärungen waren für meine Fraktion vollkommen unbefriedigend und unzureichend.

Gerade das Thema Aufgabenkritik hat der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Herr Kollege Mues, mehrfach in seinen letztjährigen Haushaltsreden angesprochen und auf aus seiner Sicht in der Verwaltung ruhende Einsparpotenziale hingewiesen. Offensichtlich können Sie diese Einschätzung selbst nicht teilen, ansonsten wären den städtischen Gremien schon längst die notwendigen Vorschläge präsentiert worden, um damit Entlastungen im Haushalt zu schaffen bzw. kommunale/politische Gestaltungsmöglichkeiten zu eröffnen.

Wenig hilfreich für das Projekt selbst halten wir auch die aus den verschiedensten Anlässen wiederholt gemachten Ankündigungen zur bevorstehenden konkreten Bewilligung der Landeszuweisungen für das Apollo-Theater. Ein greifbares Ergebnis Ihrer Gespräche, Herr Bürgermeister, mit dem Land Nordrhein-Westfalen ist jedenfalls für uns bis heute nicht erkennbar.

Mit Beginn des neuen Jahres ist dem Sport- und Bäderausschuss das extern vergebende Bädergutachten präsentiert worden, welches verschiedene Handlungsalternativen zur Verbesserung der Bäderlandschaft in der Stadt Siegen aufzeigt. Die dargestellten Möglichkeiten haben eines gemein: sie kosten in der Umsetzung sehr viel Geld, und dies ist bekanntermaßen im Haushalt der Stadt nicht vorhanden. Gleichwohl ist jedoch aufgrund des baulichen Zustandes der Hallen- und Freibäder Handlungsdruck gegeben.

Von daher fordern wir die Verwaltung nachdrücklich auf, kurzfristig den städtischen Entscheidungsgremien eine Auswertung des Bädergutachtens vorzulegen und gleichzeitig Vorschläge zur Gestaltung der künftigen Bäderlandschaft unserer Stadt vorzulegen.

Anrede,  
nach intensiver Beratung des Haushaltes in unserer Fraktion hat die SPD in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 13.02.2002 Änderungsanträge zum Haushalt gestellt, die sich insbesondere auf die Empfehlungen der vorangegangenen Fachausschussberatungen stützten und darüber hinaus den dramatischen finanzwirtschaftlichen Verhältnissen unserer Stadt Rechnung tragen. Dabei lag uns insbesondere am Herzen, eine nachhaltige Verbesserung der Mittelausstattung für Unterhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten im Tiefbaubereich zu ermöglichen. Das Ergebnis unserer Bemühungen ist bekannt. Wir sind mit diesem Einzelantrag gescheitert, den weiteren Änderungsempfehlungen auf der Basis der Fachausschussbeschlüsse hat der Haupt- und Finanzausschuss mehrheitlich Rechnung getragen. Regelrecht abgebügelt wurden wir mit unseren Vorstellungen zum Stellenplan 2002. In keinem Punkt konnte sich die Mehrheitsfraktion dazu durchringen, die Anliegen unserer Fraktion zu unterstützen.

Die Diskussion und der Entscheidungsablauf zu unseren Änderungswünschen spiegelt auch die Streit- und „Abstimmungs“-Kultur im Rat der Stadt und seinen Ausschüssen in der laufenden Wahlperiode wider.

In vielen Punkten sind in der Vergangenheit von den Vorstellungen der CDU abweichende Auffassungen, Initiativen, Anregungen und Anträge einfach kraft Mehrheit eliminiert bzw. abgebügelt worden, und zwar ohne dass vorher eine ernsthafte inhaltliche Auseinandersetzung stattgefunden hat. Der Kollege Bertelmann hat jüngst bei einer dieser Entscheidungen von der „Machtbesoffenheit“ der CDU-Fraktion im Rat der Stadt gesprochen. Ich möchte dies nicht weiter kommentieren. Es ist sicher unbestreitbar das Recht jeder Mehrheit, die Grundzüge und Eckpfeiler der Politik festzulegen und zu bestimmen, es gehört aber auch zu den demokratischen Gepflogenheiten, hierzu aufgezeigte Alternativen zumindest ernst zu nehmen und sie in einen inhaltlichen Abwägungsprozess mit einzubeziehen.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,  
vor dem Hintergrund der vorstehenden Ausführungen sieht sich die SPD-Fraktion nicht in der Lage, den Haushalt 2002 mitzutragen. Der Stellenplan für das Jahr 2002 wird von uns abgelehnt.

Dessen ungeachtet wird die SPD-Fraktion weiterhin die Konsolidierung des Haushaltes als eine der wichtigsten kommunalpolitischen Aufgaben der künftigen Jahre verstehen. Jeder findet uns an seiner Seite, der in einem offenen und konstruktiven Prozess dieses Ziel mit Augenmaß verfolgt und versucht, den Haushalt dieser Stadt aus der Krise herauszuführen.

Dies gilt auch bei der parteiübergreifenden Formulierung von Forderungen gegenüber Bund und Land im Hinblick auf eine verbesserte Finanzausstattung und das Gelingen einer unverzichtbaren Gemeindefinanzreform. Wir wollen, dass es in Siegen weitergeht und es trotz Finanznot eine Zukunftsperspektive für unsere Stadt gibt.

Anrede,  
zum Schluss ist es mir ein Anliegen, Ihnen, Herr Bürgermeister, den Herren Beigeordneten und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die geleistete Arbeit im abgelaufenen Jahr zu danken. Dabei ist mir bewusst, dass Ihre Arbeit angesichts immer knapper werdender Mittel und einer auf äußerster Sparsamkeit angelegten Personalwirtschaft nicht immer einfach war. Ich möchte Sie, Herr Bürgermeister Stötzel, bitten, den Dank der SPD-Fraktion an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Hause der Stadtverwaltung weiterzugeben.

Glück auf!

---

---

**Haushaltsrede 2002, 27.02.2002****Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren,  
die Beratung und Verabschiedung des Haushaltes 2002 fällt zusammen mit dem Ende der ersten Hälfte der derzeitigen Wahlperiode. Anlass also, über die Betrachtung des aktuellen Zahlenwerkes hinaus einmal kurz Bilanz zu ziehen, über das, was von den politischen Versprechungen und Vorhaben des Wahljahres 1999 realisiert wurde, bzw. was schlussendlich die Bürger vom neuen Schwung der Mehrheitsfraktion aufgebürdet bekamen.

Ich sage es vorweg: die Bilanz ist eine einzige Katastrophe:

1. Wie keiner Partei vor ihr ist es der CDU gelungen ihre finanzpolitischen Ziele völlig ad absurdum zu führen. Angefangen hat alles mit der Steuererhöhung, die laut CDU im Wahlkampf 1999 überhaupt nie zur Debatte stand. Im Gegenteil. Sogar alte Steuererhöhungen wollte man zurücknehmen - hieß es damals. Nun hat die schwächelnde Konjunktur die CDU dazu verführt, das sie alles vergaß, damit man wenigstens einige der lauthals gemachten Versprechungen noch halten konnte.
2. Die CDU wird den größten Schuldenturm in der Siegerer Geschichte zu verantworten haben, und doch werden gleichzeitig mehr Luftschlösser in dieser Stadt gebaut als je zuvor. Allen wird alles versprochen – und doch tatsächlich wenig realisiert.
3. Als wäre dies alles nicht schon schwerwiegend genug, wurde binnen weniger Jahre ein Großteil des städtischen Aktienbesitzes verkauft und die Steuern erhöht, um wenigstens die größten Löcher zu stopfen.

Kurz gesagt: die Stadt ist weitgehend pleite, wichtige Renovierungs- und Sanierungsmaßnahmen wurden immer noch nicht im erforderlichen Maße angegangen und die CDU-Mehrheit plant munter weiter prestigeträchtige Großprojekte, ohne die nötige soziale Verantwortung zu zeigen.

Da passt es ganz gut ins Bild, dass pünktlich zum Halbzeitpfeif der laufenden Legislaturperiode der Fraktionsvorsitzende der CDU die Bürgerschaft, die es wagte kritische Worte zum Winterdienst in der Stadt Siegen zu finden, als verweichlichte Zeitgenossen beschimpfte. Aber, meine Damen und Herren, da ist die Überraschung über ein solches Verhalten nicht so groß. So kommt es eben, wenn das Gemeinwohl und die Beteiligung der Bürgerschaft an politischen oder auch praktischen Fragestellungen offenkundig als Störung empfunden wird.



Gestatten Sie mir zuerst auf die Rolle des Bürgermeisters einzugehen und auch seine ersten Jahre in Siegen kurz zu bewerten:

Was uns gefallen hat, ist die zumeist freundliche und kommunikative Art, mit der Sie, Herr Bürgermeister, soweit wir dies erlauben können, allen als Gesprächspartner zur Verfügung stehen.

Was uns nicht gefallen hat, ist die bisweilen doch arg unkritische Haltung gegenüber den Personen in unserer Stadt, die sich als die wahren global player in Siegen verstehen und für die das Kommunalparlament mehr als Hemmschuh denn als demokratisches Entscheidungsgremium gilt.

Was uns gefallen hat, ist ihr Bemühen um sachliche Debatten und um Ausgleich.

Was uns nicht gefallen hat, ist Ihre Art, nicht alle politischen Fragen auch tatsächlich anzupacken und - entschuldigen Sie - Ihre - na sagen wir - etwas überholte Einstellung insbesondere bei ökologischen Fragestellungen. Dies Thema aber später ausführlicher.

Ich komme nun zu den Einzelbereichen des Haushaltes 2002 und zu einem weiteren Blick auf die Finanzen unserer Stadt:

Bei der Darstellung der finanziellen Lage kann ich an unsere Haushaltsreden der letzten Jahre nahtlos anknüpfen. Die Stadt Siegen ist durch Aktienverkäufe und Fehlbeträge 2000 und 2001 um etwa 25 Mio. € ärmer geworden, in diesem Jahr soll ein Fehlbetrag von etwa 2 Mio. € dazukommen, bei 8 Mio. € Erlösen aus Aktienverkauf. Etwa 10 Mio. € Vermögensverlust sind also eingeplant und bei den durchgängig optimistisch angelegten Einnahmehaushaltsansätzen weiß nur der große Manitu allein, welcher Fehlbetrag tatsächlich am Ende des Jahres stehen wird. Die Kassenkredite steigen munter weiter, und immer mehr Geld der Steuerzahler wird für Zinsen aufgewandt. Die Banken, die Reichen und die Besitzer von Kommunalobligationen wird es freuen.

Die Stimmung auf der "Titanic" ist dagegen weiterhin blendend. Bürgermeister und CDU-Fraktion machen fröhlich weiter, von Konsolidierungs- oder gar Sparbemühungen kaum eine Spur. Vom Theater über den Busbereitstellungsplatz, einem Bürgerhaus in Geisweid oder den Siegberttunnel mit gerade mal 25 Mio. € – alles ist noch möglich und machbar und selbst bei Kleinigkeiten wie den Stühlen im Ratssaal wird eifrig nach schönen und teuren Modellen Ausschau gehalten. Beim Personal allerdings soll noch mal gespart werden – erst 500.000 €, jetzt "nur" 300 000 €, - plus die 200 000 €, die für den Winterdienst schon eingerechnet sind. Die CDU ist da nicht einsichtig, sondern sie stellt es nur anders dar. Meine Damen und Herren, es würden weiterhin 14 Stellen wegfallen! Global selbstverständlich, denn zu benennen, wo Aufgaben wegfallen sollen, ist diese Partei offensichtlich zu feige. Die eigenen Fachpolitiker sind düpiert und man fragt sich, wer bei der CDU, wann und wo, welche Generallinie bestimmt. Oder ist es einfach nur Chefsache und damit Basta.

Wenn Sie denn so weitermachen, meine Damen und Herren, wird die Stadt Siegen in den 5 Jahren ihrer absoluten Mehrheit um etwa 60 – 70 Mio. € ärmer geworden sein. Die These, die CDU könne mit Geld umgehen, haben Sie jedenfalls in dieser Stadt gründlich widerlegt.

Wenn man sich einerseits die Einlassungen des Kämmerers zum Haushalt der Stadt vor Augen führt, andererseits aber die praktische Politik des Bürgermeisters, der Verwaltung und der Mehrheit des Rates betrachtet, fällt es einem schwer zu glauben, dass es hier um denselben Haushalt derselben Stadt geht.

Immer noch gibt es Beispiele für unglaubliche Verschwendung von Steuergeldern, aber auch für den Verzicht auf mögliche Einnahmemöglichkeiten in ungeahnter Höhe.

So steht weiterhin der völlig überdimensionierte Busbereitstellungsplatz im Haushalt dieser Stadt; auch die Tatsache, dass es "nur" noch um 7,5 Mio. €, und nicht mehr um 14 Mio. DM geht, kann uns mit diesem Projekt nicht versöhnen.

Gewissermaßen eingemogelt in den Haushalt haben sich auch die 2,4 Mio. € für den Neubau der Giersbergstraße. Natürlich streiten auch wir nicht ab, dass es auf dieser Straße einige Schlaglöcher gibt, genau wie auf vielen anderen Straßen in Siegen. Wir können uns aber nicht erinnern, dass jemals eine derartig hohe Investitionssumme mit so wenig öffentlicher Diskussion über mögliche andere Prioritäten in den Haushalt der Stadt gelangt wäre.

Oder nehmen wir den Umbau der Känerbergstraße in Weidenau. Hier wurde vor Jahrzehnten eine prachtvolle Ulmenallee gepflanzt. Diese Bäume mussten wegen des Ulmensterbens leider gefällt werden. Entsprechend den Vorgaben der Baumschutzsatzung und zur Erhaltung des Ortsbildes müssten diese Bäume eigentlich durch neue am gleichen Standort ersetzt werden. Stattdessen beschließt die CDU-Fraktion den Rückbau der Baumscheiben, und somit die endgültige Abschaffung der Bäume, und damit verbunden den kompletten Umbau der Straße. Mehrkosten gegenüber von Ersatzpflanzungen am gleichen Standort von mindestens 100.000 DM, gleich 51.130 €. Nur nebenbei bemerkt ist die Känerbergstraße Teil des Schulwegs zum Schulzentrum am Giersberg. Durch den Umbau der Straße wird die Geschwindigkeit der Kraftfahrzeuge wieder massiv ansteigen und zur stärkeren Gefährdung aller Fußgänger - nicht nur der Schulkinder - führen.

Die Zeiten der Wohnungsnot in Siegen sind vorbei, es gibt freie Wohnungen und verfügbare Baugrundstücke in erschlossenen Baugebieten. In dieser Situation beschließt die CDU-Fraktion, die Planung für das Gebiet "Im Boden" in Oberschelden an freie Büros zu vergeben, da angeblich äußerste Dringlichkeit besteht. Kosten: ebenfalls mindestens 51.000 €. Diese Planungen könnten genau so gut durch Mitarbeiter der Stadtverwaltung erbracht werden, es würde nur ein paar Monate länger dauern.

Aber es gibt nicht nur genügend Beispiele für die Verschwendung von Steuergeldern durch Ratsmehrheit und Verwaltung, es gibt leider auch viele Fälle von nicht ausge-

nutzten Einnahmemöglichkeiten durch die Verwaltung. Hierbei geht es uns nicht etwa um das unbeliebte Thema "Erhöhung von Steuern und Gebühren", sondern zum Beispiel um folgendes:

- Schon 2000 bezifferte die Verwaltung den Mietausfall in städtischen Immobilien in der Straße "An der Unterführung" auf 85.379,06 DM für 1999. Diese Zahl hat sich zwischenzeitlich durch weiteren Leerstand beträchtlich erhöht. Verschenktes Geld durch ideologisch motivierten Leerstand!

- Seit Anfang 1999 steht das städtische Gebäude Am Kirchberg 10 leer, die weitere Verwendung ist völlig ungewiss, sicher sind dagegen Schäden an der Bausubstanz, bedingt durch den unnötigen Leerstand. Trotz dieser Situation behauptet der zuständige Fachbereichsleiter, dass von Mietausfall zu Lasten der Stadt hier keine Rede sein könne. Setzt man eine Kaltmiete von 500 € pro Monat an, ist der Stadt hier bisher ein Schaden von mindestens 18.000 € entstanden. Und ein Ende ist nicht in Sicht.

Herr Bürgermeister, bei diesem Umgang mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt sind Fragen nach personellen Konsequenzen sicher angebracht.

Die Kulturpolitik ist in Siegen schon immer schwierig und problematisch gewesen! An Ideen hat es eigentlich nie gemangelt, aber immer an Geld, und das heißt an der notwendigen Entschiedenheit, die Sicherung und den Ausbau des Kulturangebots als einen zentralen Bestandteil kommunaler Politik zu sehen.

Zugegeben, seit 1990 ist das eine oder andere geleistet worden, und darunter auch etwas wirklich Großartiges. Aber täuschen wir uns nicht darüber hinweg, das Museum für Gegenwartskunst ist doch ein einzigartiger und dazu noch für die Stadt äußerst "preiswerter" Glücksfall! Dieses Museum ist ein neues Aushängeschild, aber reicht dies aus für das Oberzentrum Siegen?

Sehr viel ältere Kultureinrichtungen rotten doch nur noch vor sich hin. Dazu hier nur zwei Beispiele:

Schon seit längerem ist bekannt, dass das Obere Schloss dringend saniert werden muss. Hier muss sehr schnell etwas getan werden, damit nicht noch größere und dann schier unbezahlbare Schäden an dem alten Bauwerk entstehen. Ganz zu schweigen vom darin untergebrachten Siegerlandmuseum mit seinen wertvollen Ausstellungsstücken, die wirksam geschützt und außerdem ihrer Bedeutung entsprechend präsentiert werden müssen. Da liegt vieles im argen, und wir müssen obendrein als Ergebnis zur Kenntnis nehmen: Die Besucherzahlen gehen kontinuierlich zurück.

Im Haushalt sind 60.000 € für die allerdringlichsten Sanierungsarbeiten angesetzt worden, 100.000 € wurden mit einem einstimmigen Beschluss im Kulturausschuss zusätzlich eingestellt. Diese Summe reicht gerade einmal für die allerdringlichsten Reparaturen – wenn überhaupt! Wir vermissen das Gutachten einer auf Baudenkmäler dieser Art spezialisierten Fachperson! Auf vage Schätzungen können wir uns

doch nun wirklich nicht verlassen! Und wo bleibt ein vorsorglicher Mittelansatz für all die Reparaturen der Schäden, die erst dann sichtbar werden, wenn bei der Sanierung z.B. die Bodenbeläge entfernt werden?

Mit der Stadtbibliothek sind wir bei der zweiten städtischen "Kulturruipe". Auch dieses Problem ist seit vielen Jahren bekannt – und es passiert nichts! Statt wenigstens für eine angemessene Ausstattung dieser maroden Einrichtung zu sorgen, ist über die Jahre hinweg das Budget für Medienbeschaffungen kontinuierlich zusammengestrichen worden bzw. es stagniert auf niedrigem Niveau. Die Besucher- und Ausleihzahlen haben sich entsprechend entwickelt: sie sind nun auf einen solchen Niedrigstand abgesunken, dass böse Zeitgenossen empfehlen, ernsthaft zu überprüfen, ob man die Stadtbibliothek nicht besser schließen sollte. Die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt finden nur ein unzulängliches Medienangebot vor, und das in Räumen, die alles andere als attraktiv zu nennen sind, und einen überproportionalen Personaleinsatz erfordern.

Vergleichbar mit anderen Städten rangiert die Stadtbibliothek Siegen auf Platz 23 - von 23 Plätzen. Diesen letzten Platz werden wir so mit Sicherheit behalten.

Angesichts des Oberen Schlosses und der Stadtbibliothek müssen wir für viele Jahre büßen, in denen Beton und Asphalt stets wichtiger erschienen als zumindest eine attraktive Grundversorgung der Bürger dieser Stadt in Sachen Kultur.

Meine Damen und Herren, ich komme nun zu einem Feld, dass uns Grünen – offensichtlich im Gegensatz zu anderen Fraktionen - ganz besonders am Herzen liegt: Die Umweltpolitik in dieser Stadt.

Wie dieser Rat, insbesondere die "neue Mehrheit" - aber zu unserem Bedauern, auch die Stadtverwaltung und hier insbesondere die Verwaltungsspitze - mit diesem Themenbereich umgehen, findet unser äußerstes Missfallen und ruft nach Widerstand.

Ein paar schlechte Beispiele aus Ihrer Provinzpolitik möchte ich stichwortartig benennen:

### **1. Stichwort: regenerative, umweltschonende Energien:**

Die Ausweisung von Flächen für Windkraftanlagen ist geradezu ins Lächerliche reduziert worden. Für ein Oberzentrum wie die Stadt Siegen sind gerade mal 2 Flächen als Ausweisungsgebiete für eventuelle Investoren übrig geblieben. Wenn die Investoren hier Sparkasse oder Ikea heißen würden, wären es wahrscheinlich ein paar mehr.

### **2. Stichwort: BHKW**

Sie alle wissen, dass ein einmaliges Angebot eines Vermarkters von Blockheizkraftanlagen zur Realisierung im Hallenbad Löhrtor vorlag. Mit Hilfe einer fraktionsübergreifenden AG und der Verwaltung konnte ein nahezu kostenneutrales Konzept vorverhandelt werden. Woran ist es gescheitert? An weniger als 10.000 €. Die als fadenscheiniges Argument herhalten mussten, um die guten Verhandlungsergebnisse kaputt zu machen. Nicht nur, dass selbst im Umweltausschuss hier kein Zeichen ge-

setzt wurde, ja auch die SPD argumentierte im Windschatten des Kämmerers, und selbst der von der CDU in der AG entsandte Teilnehmer wurde zurückgepfiffen und erhielt einen Maulkorb. Der Anbieter der Anlage hat logischer Weise angekündigt, die für Siegen angebotene Modellprojektanlage zurückzuziehen und andernorts zu realisieren. Soviel zur Innovations- und Geschäftstüchtigkeit der CDU, zu den Demokratieverhältnissen innerhalb der CDU schweige ich hier lieber.

### 3. Stichwort: ÖKO-Konto

Wir haben immerhin ein Ökokonto, nur, leider ist nie was drauf. Warum nicht? Weil für die Eingriffe in Natur und Landschaft, die es mit dem Ökokonto auszugleichen gilt, nie was eingezahlt wird. Nähme man dieses Instrument angemessen ernst, so müsste für jeden Bebauungsplan wie z.B. Heidenberg, wo ja inzwischen gemäß städtischer Praxis gewohnheitsmäßig auf 15-20% des 100%-Ausgleichs verzichtet wird, ein Minus vermerkt werden. Nach unserem Ermessen ist die zur Zeit gängige Praxis, keinen 100%-Ausgleich vorzunehmen, rechtswidrig. Wir werden dazu in den kommenden Monaten noch einiges sagen. Unsere Forderung ist, dass zukünftig die Abweichungen von einem 100%-Ausgleich auf dem Ökokonto vermerkt und zumindest entsprechende Geldgegenwertbeträge dort für Ausgleichsmaßnahmen gutgeschrieben werden. Ansonsten können wir zukünftig auf das Ökokonto als Alibiträger verzichten.

### 4. Stichwort: Verweigerung von Zuschüssen an die Naturschutzverbände

In der Novembersitzung des Umweltausschuss hat die CDU-Fraktion einmal mehr bewiesen, mit welcher Willkür sie ihre Mehrheit zum Schaden der ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt missbraucht. Die mit je 1000 € beantragten Zuschüsse von NABU und BUND im Zusammenhang mit dem Neuaufbau von neuen Räumlichkeiten haben Sie, meine Damen und Herren der CDU, gegen den Willen aller anderen Ratsfraktionen in Gutsherrenmanier abgewiesen. Der Betrachter weiß, dass Sie den Naturschutzverbänden mal zeigen wollten was passiert, wenn man es wagt sich gegen ihre Politik, hier Giersberg – Ost, zu stellen.

Wir könnten die Liste zu den umweltpolitischen Sünden in dieser Stadt fortsetzen, ich will jedoch nur noch ein paar Sätze zu den Lieblings-**B's** der Ratsfraktionen – und da tun sich CDU, SPD, FDP und UWG wenig - sagen.

**Bauen** - auch wenn man den Bedarf nicht nachweisen kann,

**Beton** - auch wenn die Bürger lieber mehr Grün wollen,

Für jeden Bebauungsplan wird das angebliche Allgemeinwohlinteresse strapaziert. Wir sind uns sicher, das Erhalt und Schutz von Natur und Landschaft genauso ein Allgemeinwohlinteresse ist, vielmehr als Sie es alle wahrhaben wollen.

Für Ihre geplanten Großprojekte, z.B. Giersberg oder Wellersberg wird ein Bedarf behauptet, den die Stadt bis heute nicht nachgewiesen hat und auch nicht nachweisen kann. Sie werden auf ihren Baugrundstücken sitzen bleiben. Für den Verkauf benötigt man viele reiche und pflegeleichte Bauherren und diese hat die Stadt nicht ausreichend aufzuweisen. Gesucht, meine Damen und Herren, werden bezahlbare Grundstücke für Familien mit Kindern.

Ihre Planungen integrieren selten einzuhaltende Schutzaspekte für Mensch und Natur, klimatische Belastungen und Biotopschutz. Kleinere Schritte, aufgrund von realistischen Abwägungen entwickelt, sind schonender für Landschaft und Bevölkerung.

Wir sind für die Realisierung von Wohnbauflächen für die Siegener Bevölkerung. Aber der Bedarf muss seriös nachgewiesen werden und das haben Sie nicht getan mit Ihrem aus dieser Sicht sehr zweifelhaften Wohnbauflächenkonzept. Im Stadtgebiet werden die Flächen aus ganz anderen Gründen verschербelt: Der Haushalt ist gegen die Wand gefahren, das Tafelsilber wird auf Teufel komm' raus verhökert.

Womit wir bei der Planung Giersberg- Ost wären- oder doch eher beim Theater? Am Giersberg beweisen Sie alle ein Paradestück der Ignoranz gegenüber Umwelt und Natur und letztlich bestehenden Gesetzen. Der Widerstand der Naturschutzverbände hat sich hier mit Recht formiert und wird von uns unterstützt. Das Anliegen der Verbände, für nachfolgende Generationen unter Schutz stehende Biotope zu erhalten und ökologische Richtlinien bei Bauvorhaben beachtet zu wissen, haben Sie bis heute nicht akzeptiert. Sie werden aber auch in Siegen lernen müssen, dass es ein Landschaftsgesetz gibt, dem Sie Folge zu leisten haben. Und, das man hier nicht, wie in Netphen, mal eben in einer Nacht- und- Nebel-Aktion "ein paar Grashalme einfach umpflügen kann", Herr Bürgermeister.

Ein seit langem aktuelles Beispiel ist die Trupbacher Heide. 1989 erstellte die Kreisverwaltung für Siegen- Wittgenstein eine Industrie- und Gewerbeflächenbilanz. Der Stadt Siegen bescheinigte man für die nächsten 10 Jahre einen Bedarf an Industrie- und Gewerbeflächen von 130 ha. Der Bedarf an frei verfügbaren Flächen war und ist unbestritten. Innerhalb eines so kurzen Zeitraums in der Relation zum vorhandenen Flächenbestand 1/3 zusätzliche Fläche zu fordern war jedoch völlig überzogen.

Der Abzug der Belgier machte die Trupbacher Heide frei. Die Forderung der Umweltverbände, der Trupbacher Bürgerinitiative und auch von uns Bündnisgrünen, die Trupbacher Heide unter Naturschutz zu stellen, wurde beständig ignoriert.

Dank des CDU-Altbundeskanzlers Helmut Kohl hat der Deutsche Bundestag ebenfalls die europäische FFH- Richtlinie beschlossen. Die ökologische Bedeutung der Trupbacher Heide hat konsequenterweise zur Meldung der Fläche als potentielles FFH- Gebiet geführt.

Mehr als 10 Jahre sind Regierungspräsidenten, Ministerpräsidenten und später sogar der Bundespräsident bearbeitet worden, - doch langsam dämmert's auch dem letzten Betonkopf, dass die Trupbacher Heide Naturschutzgebiet wird. Mit viel Mühe hat man zuletzt noch versucht dem Regierungspräsidenten und dem Land vorzugaukeln, das es zum ehemaligen Truppenübungsplatz keine Alternativen gäbe, um mit Hilfe einer Sondergenehmigung doch noch zum Ziel zu kommen. Damit hat man nochmals wertvolle Zeit verschwendet.

Festzuhalten bleibt: Die Kreis- und Stadtverwaltung, IHK und DGB, nicht zuletzt CDU und SPD haben zu verantworten, dass eine realistische Suche nach wirtschaftlich, sozial und ökologisch vertretbaren neuen Industrie- und Gewerbegebieten in der Stadt Siegen um mehr als 10 Jahre sträflich verzögert wurde. Betriebe sind aus Siegen abgewandert, Arbeitsplätze und Steueraufkommen sind verloren gegangen, Neuansiedlungen haben, wenn überhaupt, woanders stattgefunden.

Meine Damen und Herren,  
ein weiteres pikantes Thema ist der Siegener Brandschutz. Ich erinnere mich noch sehr gut an die Wahlkampfzeit 1999. Die Parteien gaben landauf, landab ihre Versprechungen zum Besten: überall sollte **alles** gemacht werden und das nur vom feinsten - versteht sich.

Eine dieser Versprechungen ist der Neubau der Siegener Feuerwache. Hier gibt es Verzögerungen über Verzögerungen. Stand Februar 2002: ob sie denn wirklich gebaut wird steht immer noch vollkommen in den Sternen. Der ins Auge gefasste, auch von unserer Fraktion favorisierte Standort, ist offenkundig nur mit extremen Mehrzahlungen zu erwerben. Die entsprechende Vorlage haben wir in der letzten Ratsitzung beraten. Diese Vorlage schon als Durchbruch zu feiern wäre grob fahrlässig, da bislang noch niemand in diesem Hause gesagt hat, wie das Ganze denn finanziert werden soll. Das man schon an viel kleineren Projekten scheitern kann, zeigt die Debatte und Beschlussfassung um den Brandschutzbedarfsplan.

Da wird mit ungeheuerem Engagement und fachlichem Können der Brandschutzbedarfsplan erarbeitet und beraten, da wird allseits das Engagement und der Einsatz der Feuerwehr gelobt, aber dann, wenn es darauf ankommt, dem auch Taten folgen zu lassen, riskiert die CDU durch ihren undurchsichtigen Schlingerkurs die gesamten Zielsetzungen des Brandschutzes.

Es ist im höchsten Maße unlauter, die Konzepte zu beschließen, das notwendige Personal aber zu verweigern. Diese unsachgemäße Entscheidung, die im Fachausschuss nicht einmal begründet wurde, zeugt von fehlender Einsicht gegenüber den Bedürfnissen von Brandschutz und Feuerwehr. Das Sie nun im Hauptausschuss und vermutlich auch heute eine weitere halbgare Entscheidung mit der Bereitstellung lediglich einer weiteren Stelle für den Brandschutz treffen, zeigt nur, dass Sie offenkundig fernab der Notwendigkeiten weiterwursteln wollen. Hierfür haben weder die Feuerwehr noch die Bürger Verständnis, und im Ernstfall sind Sie allein verantwortlich zu machen.

Gemeinsam verantwortlich sind wir für die kommunale Sozialpolitik. In den vergangenen Jahren und Jahrzehnten haben sich die Bedingungen der Arbeits- und Sozialwelt für die Menschen weiter entscheidend verändert. Wir müssen folglich auch in der kommunalen Sozialpolitik neue Wege erforschen und begehen.

Durch das 2. Modernisierungsgesetz NRW tragen wir als Kommune nun von den delegierten Sozialhilfearbeiten einen nicht unerheblichen Teil der aufzuwendenden

Kosten. Populistische Forderungen nach Reglementierung oder Einschränkungen der Sozialhilfe ist der einfachere, aber eben auch der falsche Weg.

Wir begrüßen den Willen der Verwaltung und der im Rat vertretenen Fraktionen, das Thema kommunale Beschäftigungspolitik nun endlich ernsthaft anzugehen. Sozialhilfe darf nicht entmündigende Fürsorge sein, sondern muss darüber hinaus die Menschen zu einer selbstbestimmten Entwicklung ermutigen und ermächtigen und so den nötigen Freiraum geben. Gemeinnützige Arbeit, wie 1998 vehement von der CDU gefordert, ist damit nicht gemeint, und schon gar keine Lösung.

Wir brauchen Qualifizierung und Beschäftigung als wichtiges Instrument in der kommunalen Sozialpolitik. Es ist besser, Arbeit zu finanzieren als Abhängigen Sozialhilfe zu zahlen.

In der kommunalen Beschäftigungspolitik haben wir erst einen Anfang gemacht- und bis zu einem für alle positiven Ergebnis ist es noch ein weiter Weg. Hier sind wir alle gefordert, viel Kreativität und ein hohes Maß an Gemeinsinn zu zeigen und zu praktizieren.

Die Stadt Siegen tut gut daran, die Initiativen, engagierten Gruppen und Verbände als kompetente Kooperationspartner anzusehen und zu fördern, auch in schwierigen finanziellen Zeiten. Dies wird schon mittelfristig positive Auswirkungen auf den Haushalt dieser Stadt haben.

Ich komme nun zur Schulpolitik.

Wie Sie wissen, sehr geehrte Damen und Herren, weist unsere Fraktion seit vielen Jahren auf den völlig inakzeptablen Unterhaltungsstau an den Siegenger Schulen hin. Bis zu 15 Mio. € würde man benötigen, um nur die dringenden und notwendigen Sanierungsarbeiten zu erledigen.

Diese Sanierungserfordernisse sind, auch in diesem Hause, weitgehend unstrittig. Strittig hingegen ist der Weg, wie wir zu einer Verbesserung der Gesamtsituation kommen. CDU, SPD und UWG haben mit sogenannten Sonderprogrammen versucht, den Unterhaltungsstau abzubauen. Ein - wie wir meinen - im großen und ganzen zwar löbliches, im Ergebnis aber untaugliches Mittel, da das bereitgestellte Geld nicht ausreichte, bzw. erst gar nicht ausgegeben wurde. Im übrigen suggeriert schon das Wort "Sonderprogramm" als bedürfe es lediglich einiger punktueller Anstrengungen, damit alles wieder in Ordnung gebracht werden könnte. Dies ist - Sie wissen es selber - ein vollständiger Trugschluss. Was die Siegenger Schulen brauchen, ist ein auf Dauer angelegtes großes finanzielles Engagement, wie es meine Fraktion in der Vergangenheit schon mehrfach gefordert hat. Die Mehrheit des Rates hat leider einen solchen Weg bisher nicht angestrebt.

Nun hat das Land Nordrhein - Westfalen ja dankenswerterweise ab dem Jahr 2002, insgesamt 2,05 Mio. € für den Bereich des Schulbaus und der Schulunterhaltung zweckgebunden bereitgestellt. Unsere Hoffnung, dass dieses zweckgebundene Geld nun zusätzlich zu den Mitteln, die diese Stadt bisher selbst aufwandte, bereitgestellt



werden sollte, wurde schnell enttäuscht. Im Ergebnis wird ca. eine halbe Millionen € in diesem Jahr nicht zur Verfügung gestellt, um statt dessen allgemeine Haushaltslöcher zu stopfen. Dies, meine Damen und Herren, ist falsch, und verzögert die nun mögliche zügige Schulsanierung weiter.

Aber nicht nur diese Entscheidung bedroht ein schnelles Abarbeiten des Unterhaltungsstaus. Die Unsitte und - ich sage dies sehr deutlich- der offenkundig beabsichtigte Umstand, dass in keinem Haushaltsjahr die Mittel ausgegeben werden, bzw. aufgrund von Personalmangel nicht ausgegeben werden können, die wir hier mit dem Haushalt beschließen, ist ein nicht länger hinnehmbarer Zustand. Jedes Jahr gibt es neue Debatten um Haushaltsreste und noch nicht kassenwirksam gewordene Rechnungen.

Das Ergebnis ist fast immer gleich: keine Übertragung der Haushaltsreste und Anrechnung der noch nicht kassenwirksam gewordenen Rechnungen auf das neue Jahr. Hinzu kommen inzwischen quasi jährliche Haushaltssperren, die mehr als jeden anderen Bereich die Schulunterhaltungsmittel treffen. Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, auch das sind wichtige Gründe, warum der Zustand der Sieger Schulen so schlecht ist.

Wir appellieren hier an Politik und Verwaltung, künftig einen anderen Weg einzuschlagen und fordern:

1. Die Bereitstellung des kompletten Landesgeldes für die Bauunterhaltung.
2. Keine Haushaltssperre mehr für die Schulunterhaltungsmittel bis der Unterhaltungsstau abgebaut ist.
3. Hier die generelle Übertragung von Haushaltsresten.
4. Ausreichende Personalausstattung der Hochbauverwaltung, damit das, was beschlossen wird, auch abgearbeitet werden kann.

Neben der Schulunterhaltung möchte ich auf einen weiteren naheliegenden Problembereich hinweisen:

Trotz erheblichen Handlungsbedarfes gibt es im heute zur Beschlussfassung vorliegenden Haushaltsplan keinen Euro für den Bereich der Schulwegsicherung. Auch wenn das Landesprogramm zur Schulwegsicherung ausgelaufen ist, sind wir der Meinung, dass wir hier weiter aktiv sein müssen. Unverständlich, dass hier die Verwaltung keinen Handlungsbedarf sieht. Ein entsprechender Antrag meiner Fraktion liegt Ihnen heute zur Beschlussfassung vor, und wir hoffen auf Ihre Zustimmung.

In Sachen Personalpolitik stellen wir fest, dass diese, von Unstimmigkeiten zwischen Bürgermeister und CDU Fraktion gekennzeichnet ist.

Wir werden den Verwaltungsentwurf zum Stellenplan ablehnen. Dazu drei Hauptgründe:

1. Das Personalkonsolidierungskonzept ist noch eine Absichtserklärung ohne Substanz.

2. Der Ausbildungsstellenplan zeigt, dass die Verantwortung der Stadt gegenüber jungen Menschen zu gering bemessen ist. In Zeiten hoher Jugendarbeitslosigkeit muss man mehr tun als auf andere Städte zu verweisen.
3. Der Fachbereich 9 mit der Problemlösung à la Bürgermeister Stötzel ist unausgegoren. Durch die Schaffung einer neuen Funktionsstelle wird nichts erreicht. Die schwarze Macht im Rathaus hat die neuen Steuerungsmodelle wieder zurückgefahren, mit dem Ergebnis, dass die alte Macht und Herrlichkeit von Personal- und Hauptamt fröhliche Urstände feiern.

Und so ist auch zu verstehen, warum das Personal- und Hauptamt nur an den SNA, also die Zusammenfassung der Personalkosten, denkt und Erfolg einzig in der Reduzierung der Kosten im SNA gesehen wird. Andere Kriterien der Erfolgsbemessung sind ihnen scheinbar fremd. Konsequenterweise ist deshalb unserem Vorschlag auch nicht gefolgt worden, eine zusätzliche Stelle im Bereich der Beschäftigungsförderung einzurichten. Die hätte zwar den SNA ausgeweitet, aber dagegen auch Einsparungen im Bereich der Sozialhilfeausgaben gebracht. Viele Städte haben es vorgebracht. Auch der Kreis mit seinem ASS-Team ist ein Beispiel für intelligente Personalpolitik. Aber um das zu verstehen, muss man mal über den Tellerrand blicken.

Ähnlich sieht es mit unserer Forderung nach einer weiteren Stelle für die Bauunterhaltung aus. Hier muss man eine weitere Stelle schaffen, damit die Beschlüsse des Rates auch wirklich abgearbeitet werden könnten. Als Finanzierung böte sich dafür die unnötige Stelle im Fachbereich 9 an.

Herr Dr. Holzäpfel hat vor Jahren das Bild von den zu vielen Häuptlingen gegenüber den Indianern geprägt - und dafür gab es gute Gründe. Leider ist das alles vergessen, und seit ein schwarzer Oberhäuptling regiert, formt sich ein neues Bild. Denn – so stellt es sich heute dar - nicht die vielen Häuptlinge waren das Problem, sondern eher deren Hautfarbe. Schwarze Häuptlinge dagegen kann es wohl nicht genug geben. Soviel, meine Damen und Herren der CDU, zur Glaubwürdigkeit.

Aber noch besser wurde es nach den Beratungen im Personalausschuss. Der Bürgermeister und gleichzeitig Personalverantwortlicher glänzte bei der wichtigsten Sitzung im Jahr nur mit kurzer Anwesenheit. Andere gesellschaftliche Verpflichtungen waren ihm wichtiger.

Die Getreuen der CDU kamen, nachdem der Bürgermeister längst gegangen war, dann mit den neuen Sparvorschlägen im Personalbereich, auf die ich anfangs schon eingegangen bin. Im HFA harmonisierte unser Verwaltungschef dann mit Stimmenthaltung. Ich kann mich nicht erinnern, dass ein Bürgermeister bzw. ein Stadtdirektor in der Stadt Siegen, der einer Fraktion mit Mehrheit angehörte, so beschädigt wurde. Dies ist keine überzeugende Politik, weder gegenüber den Bediensteten dieser Stadt, noch gegenüber der Öffentlichkeit.

Abschließend bleibt festzuhalten: schon 2001 haben wir in unserer Haushaltsrede prognostiziert, dass es 2002 die achte Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzepts geben wird. Es ist eingetreten, und heute prognostizieren wir die neunte!

Sinnvolle Projekte werden durch unnötige Luftnummern, wie z.B. der Siegbergtunnel, verhindert. Wir von BÜNDNIS 90/Die Grünen wollen weiter die sozialen, kulturellen und umweltpolitischen Standards in Siegen erhalten und eben auch in Zeiten der Krise mit Augenmaß verbessern. Dies wird der Schwerpunkt unserer politischen Arbeit in 2002 sein. Zu befürchten ist, dass die anschließende Haushaltsberatung leider zeigen wird, dass es uns wieder einmal an der nötigen Mehrheit für eine bürgernahe, soziale und ökologische Politik fehlt.

Deshalb, Herr Bürgermeister und meine Damen und Herren der CDU, lehnen wir auch in diesem Jahr Ihren Haushalt ab. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
im Rat der Stadt Siegen

Ulrich Krombach

---

**UWG – Fraktion im Rat der Stadt Siegen**  
**Beitrag zum Haushalt 2002**  
**Sitzung des Rates der Stadt Siegen**  
**am 27.02.2002**

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates,

Ich möchte beginnen mit einem Hinweis, den die UWG –Fraktion in ähnlicher Weise bereits im Kreistag bei der Verabschiedung des Haushaltes 2002 gegeben hat:

Haushaltsreden sind insbesondere lang – unter fünfzehn Minuten läuft nichts; gut werden sie nach landläufiger Meinung und Praxis erst ab 30 Minuten!

Haushaltsreden sind darüber hinaus oftmals eine willkommene Gelegenheit, dem politischen Gegner „mal ordentlich die Meinung zu sagen“.

Haushaltsreden haben somit mit der eigentlichen Begrifflichkeit, nämlich der Behandlung des Haushaltes, oftmals nur am Rande zu tun.

Ich werde bei meinem ersten Beitrag zum Haushalt in diesem Rat überwiegend auf Grundsätzliches eingehen.

Aber nun zum Haushalt 2002:

Man könnte die Situation des städtischen Haushaltes überschreiben mit dem Spruch: „Viele stehen am Abgrund, wir sind schon einen Schritt weiter“! Hierbei verhalten wir uns aber nicht situationsangemessen, nein, wir halten es. um bei diesem Gleichnis zu bleiben, hinsichtlich der Situationseinschätzung wie die Person, die von einem Hochhaus herunter fällt und alle 10 Stockwerke zu sich selbst sagt: „Bis hierhin ist es gut gegangen“.

Aber, meine Damen und Herren: der Aufprall kommt!

Helmut Siebel hat im letzten Jahr an dieser Stelle auf den sich abzeichnenden Fehlbetrag in 2001 von rund 80 Mio. DM (40 Mio. Euro)hingewiesen und behauptet, dass dieses im Haushalt 2001 ausgewiesene Defizit geschönt sei. Leider hat er recht behalten. Kumuliert mit den Ergebnissen der Vorjahre beträgt das addierte Defizit 2001 über 90 Mio. DM (45 Mio. Euro). Und es geht munter weiter in den Abgrund. Wenn man das heute zur Beschlussfassung anstehende Werk genau betrachtet, steht wiederum das Prinzip Hoffnung bei der Darstellung der Einnahmeansätze Pate. Seien es die veranschlagten Einnahmen des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer – hier sagen die Orientierungsdaten etwas ganz anderes aus- oder die erhofften Einnahmen aus der Gewerbesteuer. Wir werden in der zweiten Hälfte dieses Jahres feststellen und mit Bedauern zur Kenntnis nehmen, dass weitere Verschlechterungen eingetreten sind.

Objektiv beträgt das Defizit mittlerweile rund 110 Mio. DM oder auch rund 57 Mio. Euro.

Wir müssen dabei mit Schaudern zur Kenntnis nehmen, dass das strukturelle jährliche Defizit mittlerweile fast 15 Mio. Euro beträgt.

Wenn da nicht, ja wenn da nicht die regelmäßigen Zuführungen aus dem Vermögenshaushalt in Form von Veräußerungserlösen, insbesondere in Form der RWE-Aktien, zur verbesserten Darstellung herangezogen werden könnten.

Bei einem Kurswert von zur Zeit 40,3 Euro pro Aktie und einem Bestand von rund 565800 Aktien ergibt sich ein Wert von 22,8 Mio. Euro, wobei zu berücksichtigen ist, dass bei den gebundenen Aktien ein Abschlag von 10 % anfällt.

Im Zeitraum von 1994 bis 2000, also im Zeitraum von nur 6 Jahren, wurden auf diese Weise insgesamt über 42 Mio. Euro aus dem Vermögenshaushalt in den Verwaltungshaushalt überführt. Addiert man die Mittel aus der Auflösung der allgemeinen Rücklage in Höhe von 23 Mio. DM ergibt sich ein Betrag in Höhe von fast 54 Mio. Euro

Betrachtet man die –geplante– Weiterentwicklung bis zum Jahr 2008, so werden es rund 75 Mio. Euro gleich 146,7 Mio. DM sein.

146,7 Mio. DM Vermögenserlöse für konsumtive Ausgaben!  
Eine gigantische Zahl für eine Stadt wie Siegen!

Aber, meine Damen und Herren, Vermögen ist nicht beliebig vermehrbar.

Man kann zwar einen gewissen Zeitraum den Schein wahren; bei den RWE-Aktien, unterstellt die Veräußerung geht in gleicher Weise weiter, ist 2004 Schluss! Und dann, meine Damen und Herren?

Die Aufstellung eines mittelfristigen Finanzplanes, die Aufstellung eines Haushaltskonsolidierungskonzeptes, sprich eines Entschuldungsplanes ist Makulatur, wenn diejenigen, die ihn aufstellen, bereits im Voraus wissen, dass dieses Konzept das Papier nicht wert ist, auf dem es gedruckt ist.

Jeder Privatmann, jeder Unternehmer, der in gleicher Weise verfahren würde, stünde längst im „Blättchen“ der IHK, wäre längst abgewickelt.

Der Vorsitzende der CDU Fraktion, Herr Mues, hat letztes Jahr von dieser Stelle zur sog. Veräußerung des Tafelsilbers ausgeführt:

„a) Wir behalten das Tafelsilber und laufen damit Gefahr, einerseits zusätzliche überhaupt nicht zu verantwortende Steuereinnahmen beschließen zu müssen. Andererseits z.B. Schulgebäude restlos verkommen zu lassen, mit der Maßgabe, eines Tages Neubauten erstellen zu müssen oder

b) Wir veräußern das für die städtische Aufgabenerfüllung nicht notwendige Vermögen, um die eben geschilderten Probleme gar nicht erst aufkommen zu lassen!“

Diese Einschätzung wäre richtig und nachvollziehbar, würden wir diese Einnahmen zur Entschuldung und nicht weiterhin für die Finanzierung neuer Maßnahmen einsetzen.

Ich brauche bei dieser Ist-Darstellung kein Prophet zu sein, um für die Jahre 2004 ff eine düstere Prognose abzugeben. Wir werden die gleichen Erfahrungen wie andere Städte auch (Hannover, Holzminden) machen. Es wird ans Eingemachte gehen: Hal-

lenbäder und Freibäder, Jugendfreizeiteinrichtungen usw. werden zur Disposition stehen. Und wenn wir dies nicht realisieren, könnte im schlimmsten Fall auch die Fremdbestimmung wie in Hagen, Ergebnis unseres Handelns sein. Dann könnten u.U., sofern das Theaterprojekt realisiert werden sollte, bereits kurz nach dessen Eröffnung die Lichter auch dort ausgehen.

Nun möchte ich nicht den Eindruck erwecken, dass dies alles die Verwaltung oder der Rat dieser Stadt zu verantworten hat. Ich weiß sehr wohl, dass insbesondere durch die Steuerpolitik des Bundes und die daraus resultierenden reduzierten Zuweisungen des Landes nachhaltige Folgen für die Städte und Gemeinden zu verzeichnen sind. Eine Gemeindefinanzreform, wie von den Städten und Gemeinden insgesamt gefordert, dürfte aber noch Jahre auf sich warten lassen. Die Forderungen des Deutschen Städtetages sowie die Briefe der Bürgermeister dieser Republik dürften aufgrund der Haushaltslage des Bundes mittelfristig nur den Charakter von Briefen ans Christkind haben und ungehört verhallen.

Der Haushalt 2002 ist gekennzeichnet durch diverse Verschlechterungen, beispielhaft möchte ich nennen:

- Notwendige Ausgaben für die Bewirtschaftung der stadteigenen Gebäude und Einrichtungen,
- Erhöhung der Personalausgaben,
- Öko – Steuer,
- Kosten der Sozialhilfe durch Änderung der Sozialhilfefinanzierung von 27,5% auf 32,5%,
- Erhöhung der Kreisumlage und - die Spatzen pfeifen es von den Dächern: Die Zeit der Reduzierungen ist vorbei. Allein durch das Defizit der VWS werden auf der Basis des 40 prozentigen Stadtanteils nachhaltige Mehrkosten in Millionen-Euro – Höhe auf die Stadt Siegen zukommen,
- Erhöhung der Zinsausgaben bei fallenden Zinssätzen für Kassenkredite bei einem Verfügungsrahmen von 70 Mio. Euro gleich rund 140 Mio. DM. Man möge es sich mit Grauen auf der Zunge zergehen lassen. Für die Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit dieser Stadt (Kontokorrent) fallen täglich rund 5430 Euro an Zinsen an,
- Kosten der Heimerziehung,
- Unterhaltsvorschussgesetz,
- Erhöhung der Gewerbesteuerumlage (Neue Bundesländer) um 500 TEuro auf 4,8 Mio. Euro....  
usw, usw

Traumjob „Kämmerer“? ich möchte sagen nein!

Ein Patentrezept zur Beseitigung oder Reduzierung dieses überwiegend fremdbestimmten Defizites wird sicher keine der anwesenden Personen, egal ob Verwaltung oder Politik, vorweisen können.

Es ist aber absolut erforderlich, dass die Anstrengungen zumindest für die Erhaltung des Status – Quo gebündelt werden müssen, dass neue Maßnahmen, und seien sie noch so wünschenswert und grundsätzlich sinnvoll, zurückgestellt oder erst gar nicht angegangen werden.

Wir müssen gemeinsam die Realitäten erkennen. Die zur Deckung der Finanzierung der Kosten des Regionaltheaters eingesetzten Erlöse aus dem Verkauf der Grundstücke des geplanten Baugebietes Giersberg Ost dürften - gleichwohl schon grundsätzlich haushaltsrechtlich bedenklich- aufgrund der erfolgreich eingeleiteten Klage des NABU, auf absehbare Zeit nicht zu realisieren sein.

Wir können es uns nicht leisten, ständig neue Projekte anzugehen, während wir zusehen, wie der Bestand zunehmend verfällt. Beispiel Museum Oberes Schloss, Schulen, Sportanlagen und dabei meine ich nicht das Leimbachstadion, Straßen, Bäder usw.

Helmut Siebel hat in seiner Haushaltsrede 2001 festgestellt, dass sich an dem Zustand, dass eine Mehrheit brutal alles durchsetzte durch die aktuellen Mehrheitsverhältnisse nichts geändert hat, dass lediglich die „Farben“ andere sind. Ich habe dies mit dem Ausspruch „besoffen von der eigenen Mehrheit“ beschrieben. Ich möchte mich an dieser Stelle für die etwas überzogene Formulierung entschuldigen.

Aber, Hand aufs Herz, meine Damen und Herren von der CDU. Ist nicht etwas dran, an dieser Situationsbeschreibung? Ob Stellenplan, ob Personalentscheidungen, ob Naherholungsgebiet Numbach, Ausbau des Leimbachstadions usw., usw.

Sie lassen eine konstruktive Mitarbeit nur ganz bedingt zu. Kehren Sie auf den Weg der Gemeinsamkeit mit allen im Rat der Stadt Siegen vertretenen Fraktionen zurück. Denn eins dürfte sicher sein, die Wiederholung des Wahlergebnisses 1999 dürfte unwahrscheinlich sein.

Politik heißt, einen gegebenen Rahmen durch Setzung bestimmter Vorstellungen und Prioritäten zu gestalten. Politik darf nicht heißen, dass im Sinne eines oftmals nicht direkt zu durchschauenden Populismus plakativ Beschlüsse, deren Realisierbarkeit auch mittelfristig nicht absehbar sind, gefasst werden und die Bereitschaft zur konsequenten Prioritätensetzung nicht gegeben ist. Addiert man die Beschlüsse dieses Rates, so wird nicht viel an 100 Mio. Euro als städtischer Anteil für den Invest fehlen. Stichwort: Ausweisung von Gewerbegebieten, Ausweisung neuer Baugebiete, Schulbau, Feuerwache, Museum Oberes Schloss, Theater, Siegerlandhalle usw, usw.

Dies alles ist angesichts der zuvor dargestellten Haushaltslage – und das wissen Sie alle - parallel nicht finanzierbar.

Hier fordern wir mehr Ehrlichkeit. Wir müssen, wie bereits mehrfach durch die UWG-Fraktion gefordert, bereit sein, entsprechend den unterschiedlichen Auffassungen über eine verbindliche Reihenfolge für die durchzuführenden Maßnahmen abzustimmen. Leider war der Rat dieser Stadt bisher nicht bereit, konkret Farbe zu bekennen. Nach unserer Auffassung sind wir es jedoch dem Bürger, der uns alle gewählt hat, schuldig, ein solches Bekenntnis abzugeben.

Die UWG-Fraktion ist bereit, in Zusammenarbeit mit allen Fraktionen im Rat dieser

Stadt, diesen, zugegebenermaßen nicht gerade populären Weg einzuschlagen. Die oftmals, aus durchschaubar rein parteipolitisch geprägten Verhaltensweisen in diesem Hause machen deutlich, dass Parteipolitik in der Kommunalpolitik eher schädlich ist.

Es gibt objektiv keine CDU-Straße und keinen dazugehörenden SPD-Bürgersteig. Bei pragmatischer Betrachtung stellt sich nur die Frage: Ist, um bei diesem Beispiel zu bleiben, die Straße erforderlich und können wir sie bezahlen!

Die UWG – Fraktion hat sich die Entscheidung über die Beschlussfassung zum Haushalt nicht einfach gemacht. Da ein konkreter Ansatz für eine Kehrtwende nicht erkennbar ist, können wir dem Haushalt in der vorgelegten Form auch dieses Jahr nicht zustimmen

Zum Schluss möchte ich mich bei den Bediensteten der Stadtverwaltung für die geleistete Arbeit im vergangenen Jahr recht herzlich bedanken. Sie alle haben durch die diverse Maßnahmen und Beschlüsse des Rates einige auch für Sie einschneidende Maßnahmen mit- oder auch er- tragen müssen. Ich nenne hierzu nur das Instrumentarium der Beförderungssperre. Akzeptanz und Verständnis für derart einschneidende Maßnahmen sind aber nur dann zu erwarten, wenn sich die Politik als verlässlicher Partner der Verwaltung und des Personals darstellt. Insoweit hoffe ich, dass uns ähnlich unschöne Diskussionen wie z.B. über eine erneute Verlängerung einer einmal ausgesprochenen Beförderungssperre zukünftig erspart bleiben.

Glückauf

---



**Haushaltsrede  
des Vorsitzenden der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Siegen**

**Klaus Volker WALTER**

**Sitzung des Rates der Stadt Siegen am 27. Februar 2002**

(Es gilt das gesprochene Wort!)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen, meine Herren!

In einem Kommentar der „Welt am Sonntag“ war vor einigen Wochen zu lesen: „Das kennt man doch!? Stadtbere jammern über Geldknappheit, streichen Milchfrühstücke, schließen Hallenbäder. Landesobere antworten mit milden Gaben. Der Kanzler rechnet vor, dass die Städte weniger Schulden haben als alle anderen und nennt sie „reiche Verwandte“. Irgendwie geht dann doch alles seinen Gang.

Wie Croupiers, so zaubern die Verteiler der Steuereinnahmen in Berlin und Düsseldorf die einmal von allen bezahlten Milliarden hin und her. Sie „überwälzen“, sie befrachten fremde Haushaltstitel, sie „schichten um“. Nach der Bilanz des Städtetages NW ist das Ergebnis eindeutig: Für die Städte, die in diesem Spiel keine eigene Rolle haben, bleibt immer weniger übrig. In den Kommunen aber leben die Menschen, die alle Steuereinkasse füllen. Spätestens der Crash bei der Gewerbesteuer öffnet die Augen: Die Croupiers bedienen hauptsächlich die eigene Kasse. Ohne eigene Einnahmen aber gibt es die Selbstverwaltung der Kommunen, die Staatsebene vor der Haustür, nicht mehr. In diesem Ausmaß kannte man das bisher noch nicht. Deutschlands Städte und Gemeinden stehen vor dem Bankrott. Helfen kann nur noch eine radikale Finanzreform. Dafür wird es höchste Zeit.“

Sehr geehrte Damen und Herren,  
es werden in der Stadt Siegen keine Milchfrühstücke gestrichen und keine Bäder geschlossen – bisher jedenfalls noch nicht. Die Haushaltssituation ist allerdings besorgniserregend. Die aktuellen Bestrebungen des Bundesfinanzministers im Zusammenhang mit dem Konsolidierungszwang gegenüber der EU bestätigen diesen Negativtrend. Die Äußerungen mancher Kollegen auch aus diesem Rat, dass die Stadt Siegen schon immer mit entsprechenden Defiziten zu kämpfen hatte so nach dem Motto, dass dies der Alltag der Siegener Kommunalpolitik ist, bezeichne ich schlichtweg als grob fahrlässig. Zum einen verweise ich auf die Fakten, die uns der Stadtkämmerer in seiner Etatrede anlässlich der Einbringung des Haushaltsplanes 2002 in der Ratssitzung am 19. Dezember vorgelegt hat. Danach haben wir es mit einem Gesamtdefizit von rund 52 Mio. Euro aus den Jahren 2000 bis 2002 zu tun. Auch diese Zahlen sind im Prinzip schon überholt, wenn ich nur an die Beteiligung der Stadt an der Krankenhausumlage denke. Übrigens hat daran auch die letztjährige Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer, die seitens der FDP abgelehnt wurde, nichts geändert.

Ein Haushaltsausgleich wird nach der mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 2007/2008 prognostiziert, jedoch mit all den Risiken und Unwägbarkeiten, die in diesem Zeitraum liegen. Wir alle wissen, dass dieses Unterfangen schon jetzt als illusionär gilt - wer daran glaubt, dass der Haushalt bis zum Jahre 2008 ausgeglichen ist verwechselt wahrscheinlich den Bundesadler mit einem Huhn, das goldene Eier legt - . Ich verweise auf die Auswirkungen der 2. Stufe der Steuerreform auf Bundesebene sowie die konjunkturbedingte Entwicklung der Gewerbesteuer.

Zum anderen komme ich auf die Genehmigungsverfügung des Landrates des Kreises Siegen-Wittgenstein vom 10. Juli 2001 zu sprechen. Darin wurde die Haushaltsatzung für das Haushaltsjahr 2001 „trotz weiterhin erheblicher Bedenken“ genehmigt. Der Landrat hat klar zum Ausdruck gebracht, dass es Ziel sein muss, einen früheren Ausgleich einschließlich Abdeckung der Altfehlbeträge zu erreichen. Gleichzeitig wird die Stadt Siegen aufgefordert, auch weitere Kürzungen in den sogenannten freiwilligen Bereichen und in solchen, die nicht unbedingt dem gesetzlichen Bereich zuzuordnen sind, vorzunehmen, wenn das mittelfristige Ziel des Haushaltsausgleiches nicht anders zu erreichen ist. An dieser Stelle erinnere ich die Verwaltung an die Vorlage der Ergebnisse der „Arbeitsgruppe Aufgabenkritik“ mit dem Aufzeigen entsprechender Einsparmöglichkeiten.

Soweit, meine Damen und Herren, meine Ausführungen zur generellen und konkreten Ausgangssituation für den diesjährigen städtischen Etat.

Ich komme damit auf die aktuellen Daten und Maßnahmen des vorliegenden Haushaltsentwurfes sowie auf die Projekte zu sprechen, die stadtentwicklungspolitisch für die Zukunft Siegens unerlässlich sind:

#### 1. Erschließung neuer Industrie-/Gewerbeflächen

Das Problem der Industrie- und Gewerbeflächenknappheit ist hinlänglich bekannt. Die FDP Siegen hat bereits Ende der 90er Jahre öffentlich dargelegt, dass die Bestrebungen zur Schaffung eines Industriegebietes auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz in Trupbach/Langenholdinghausen vor allem aus Kostengründen nicht vertretbar sind und man stattdessen andere Alternativen prüfen sollte. Leider mussten viele kostbare Jahre vergehen, bis diese Einschätzung allgemein geteilt wurde und mittlerweile Bestätigung gefunden hat. Die FDP-Fraktion steht voll und ganz hinter den Bestrebungen, entsprechend neue Gewerbegebiete im Bereich Oberschelden in Richtung Autobahn oder im Bereich Leimbachtal / Faule Birke /Eisern zu erschließen. Angesichts der bereits verschenkten Zeit sind alle Anstrengungen in dieser Hinsicht zu unternehmen. Bestätigt sieht sich die FDP-Fraktion in diesem Zusammenhang auch in Ihrer Auffassung, die städtischen Haubergsanteile tunlichst nicht zu verschleudern, um vordergründig zusätzliche Einnahmen zu erzielen. Vielmehr haben uns die Erfahrungen der letzten Tage und Wochen gezeigt, dass diese Anteile ein wichtiges Instrument für die Bestrebungen zur Erschließung neuer Industriegebiete sind. Ich gehe sogar so weit zu empfehlen, das städtische Vorkaufsrecht immer dann auszuüben, wenn der private Verkauf von Haubergsanteilen beabsichtigt ist. Schließlich erinnere ich an das Instrument des Gewerbeflächenrecyclings. Es gibt bereits heute große zusammenhängende Flächen, die planungsrechtlich und erschließungstechnisch geeignet sind. Hier müssen wir mit Hilfe des Landes unsere Aktivitäten verstärken.

## 2. Bestandspflege und Neuansiedlung

Ich hatte einleitend auf die Problematik der Entwicklung der Gewerbesteuerentnahmen hingewiesen. Vieles ist auf Entscheidungen von Bund und Land zurückzuführen. Wir müssen allerdings auch die spezifischen Besonderheiten in der Stadt Siegen berücksichtigen. Die Stadt Siegen befindet sich bereits seit einiger Zeit in einem Strukturentwicklungsprozess, d. h. es findet eine Schwerpunktverlagerung vom Industrie- zum Dienstleistungsstandort statt. Angesichts der Wahrnehmung der oberzentralen Funktionen einerseits und der rückläufigen Tendenzen im sekundären Wirtschaftssektor andererseits ein durchaus normaler und logischer Prozess. Aber was passiert im Rahmen dieses Prozesses mit der städtischen Haupteinnahmequelle, der Gewerbesteuer? Wir bejubeln Effekte wie Imagegewinn, Kaufkraftzufluss und ähnliches, die durch Ansiedlung großer internationaler Ketten zweifellos entstehen, denken aber nicht an die unmittelbaren Auswirkungen für die städtische Einnahmeseite. Des weiteren müssen wir uns in nächster Zeit auf Veränderungen in der Bankenbranche – bedingt durch Globalisierungsbestrebungen – einrichten, d. h. auch hier werden Einnahmeausfälle entstehen. Um so mehr, meine Damen und Herren, müssen wir künftig ganz gezielt bei der Vermarktung neuer freier Industrieflächen vorgehen. Kurzfristig aber muss unser Augenmerk der Bestandspflege der ansässigen Klein- und Mittelbetriebe gelten. Angesichts des Gewerbeflächenmangels und der realistischere noch Jahre oder Jahrzehnte dauernden Neuerschließung großer Gebiete genießt die Bestandspflege bei der kommunalen Wirtschaftsförderung absolute Priorität. Die wenigen großen und die vielen kleinen Gewerbesteuerzahler in dieser Stadt müssen gehegt und gepflegt werden.

## 3. Förderung der Oberstadt Siegen

Ich bin mir sicher, dass wir alle die Belebung bzw. Attraktivitätssteigerung der Siegener Oberstadt wollen. Aber irgendwie treten wir bei der Thematik auf der Stelle. Der Vorsitzende der GSS hat anlässlich seiner Rede vor dem Haupt- und Finanzausschuss am 16. Mai 2001 wörtlich gesagt: „Wir sind sicher, nach 2 Jahren ist die Oberstadt kein Problemfall mehr“. Seitdem ist wieder nahezu ein Jahr vergangen, ohne dass sich wesentliches geändert hat. Im Gegenteil: der Vorsitzende der GSS kündigte in den letzten Tagen an: 2002 wird das Jahr der Rückbesinnung und Neuorientierung. Mit einem Wort: Ratlosigkeit. Die FDP-Fraktion begrüßt ausdrücklich die Aktivitäten anlässlich des Weihnachtsmarktes sowie im Rahmen des Kultursommers. Diese temporär begrenzten Maßnahmen reichen aber nicht aus. Die in den letzten Wochen entstandene Bewegung in Sachen Umnutzung des Unteren Schlosses durch die Universität hätte, falls von Erfolg gekrönt, schon intensivere Auswirkungen für die Belebung der Oberstadt. Aber dies wird von heute auf morgen nicht realisierbar sein. Ich teile im übrigen auch die Aussagen des Bürgermeisters, dass die jetzige Situation zwischen Poststraße und Marburger Tor nicht pausenlos bejammert werden darf, sondern im Hinblick auf potentielle Investoren auch ein Stück Optimismus angesagt ist. Dazu gehören aber entsprechende Taten in Form von kommunalen Begleitmaßnahmen und Rahmenbedingungen. Sowohl im vorliegenden Haushaltsentwurf 2002 als auch im Investitionsprogramm sind keinerlei Ansätze vorhanden. Die Stadt Siegen ist hier gefordert.

Ich nenne hier und heute ganz deutlich die Kerberimmobilie, deren Wiederbele-

bung eine Schlüsselrolle für die Oberstadt spielt. Die Nutzung der zweiten Ebene z. B. durch die Volkshochschule oder ähnlicher Einrichtungen könnte private Investoren in den anderen Ebenen nach sich ziehen. Die dafür notwendigen Mittel könnten aus dem Verkauf freiwerdender stadteigener Objekte gedeckt werden. Im Hinblick auf die Prioritätensetzung halte ich die Wiederbelebung dieser Immobilie für wichtiger als den Bau neuer Projekte in anderen Stadtteilen – so wünschenswert dieses im Einzelfall auch ist. Aber die dafür angedachten Gelder wären zur Belebung der Oberstadt sinnvoller eingesetzt. Die FDP-Fraktion, Herr Bürgermeister, bietet Ihnen in dieser wichtigen und schwierigen Angelegenheit die volle Unterstützung an.

#### 4. Ortsmitte Eiserfeld und Niederschelden

Die seit Jahren diskutierte Neugestaltung und damit auch Stärkung der Ortsmittepunkte beider Stadtteile muss konkret angegangen werden. Die eingeleiteten Grundsatzplanungen bewerte ich als positiv. Die FDP-Fraktion wird diese Entwicklung intensiv beobachten und das Verfahren mit Nachdruck unterstützen. Die FDP wird darauf achten, dass es nicht nur bei der Planungsphase bleibt. Was die Infrastruktur Eiserfelds angeht, erwarte ich übrigens die dauerhafte Absicherung des dortigen Hallenbades frei nach dem Motto, was für Siegen-Nord und Siegen-Mitte recht, ist auch für Siegen-Süd billig. Schließlich appelliere ich an den Rat der Stadt Siegen, den Druck auf den Straßenbaulastträger in Sachen HTS-Fertigstellung zu verstärken, denn ohne diese neue Verkehrsader geraten alle Anstrengungen für Eiserfeld und Niederschelden ad absurdum.

#### 5. Feuerwache / Bauhof

Aus logistischen und betriebswirtschaftlichen Gründen wird die Stadt Siegen an einer Regelung im Sinne der Zentralisierung bzw. Verlagerung beider Einrichtungen nicht vorbeikommen. Die FDP-Fraktion erwartet in beiden Fällen kurzfristige Vorschläge der Verwaltung, wobei sicherlich innovative Finanzierungsformen angesichts der städtischen Haushaltssituation gefragt sind.

Meine Damen und Herren, diese fünf Schwerpunkte genießen aus meiner Sicht Priorität. Lassen Sie mich abschließend noch auf zwei Bereiche hinweisen. Zum einen die immer wieder vieldiskutierte Kreisumlage. Hier muss der Rat der Stadt Siegen dem Kämmerer volle Rückendeckung geben. Während die Finanzsituation des Kreises den Verzicht auf eine Anhebung locker verkraften würde, ist für die Stadt Siegen jeder zusätzliche Euro an Mehrbelastung schmerzhaft. Und dass sogar weitere Erhöhungen in der Luft liegen, zeigt die jüngste Diskussion um die Neuordnung der Verkehrsbetriebe in Sachen Eisenbahnverkehrsunternehmen. Meine Bitte geht dieserhalb gezielt an alle Ratskolleginnen und –kollegen, die gleichzeitig dem Kreistag angehören. Treffen Sie hierzu eine deutliche Entscheidung im Interesse unserer Stadt. Jedes andere Votum wäre nicht nachvollziehbar. Die Stadtverordneten des Rates der Stadt Siegen haben nicht die Interessen von Müsen, Helberhausen oder Büschergrund zu vertreten, sondern die der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Siegen.

Außerdem kann der Landrat, wenn es um die Genehmigung des städtischen Haushalts geht, nicht einerseits einen strikten Sparkurs verlangen und auf der anderen Seite die Kreisumlage zur Reduzierung beliebiger Defizitbereiche des Kreises stän-

dig erhöhen. Dies ist unseriös und erfordert unser aller Widerstand.

Zum anderen ist das Verhängen von Beförderungssperren und Ausbildungsplatzreduzierungen kein geeignetes Mittel für nennenswerte Einspareffekte. Diese Entscheidungen sind objektiv gesehen kontraproduktiv und kurzsichtig.

Schließlich begrüßt die FDP-Fraktion jedes Engagement, dass die städtischen Finanzen entlastet und gleichzeitig zur Verbesserung des infrastrukturellen Angebotes beiträgt.

Beispielhaft nenne ich die geplante Erweiterung des Kinderkrankenhauses und das Bestreben der Initiative Spiel- und Sportplatz Wellersberg die Einrichtungen zu erhalten. Sowie die Anstrengungen des Eiserfelder Fördervereines zu Erhaltung des Naturfreibades.

Als Resümee darf ich festhalten, dass es unsere Pflicht ist, den Bürgerinnen und Bürgern die Wahrheit zu sagen und somit auch mit zunächst unangenehmen Sparmaßnahmen bzw. Einschnitten zu konfrontieren. Ich bin überzeugt, viele werden dafür Verständnis haben. Es gehört aber auch zu unserer Aufgabe, optimistisch im Sinne einer positiven Darstellung unserer Stadt die Zukunft zu gestalten. Letzteres erreichen wir vor allem dann, wenn es uns endlich gelingt, in Zeiten knapper oder leerer Kassen Prioritäten zu setzen - sowohl im investiven als auch konsumtiven Bereich. Die FDP-Fraktion jedenfalls ist dazu bereit. Wir werden heute trotz erheblicher Bedenken dem Haushalt 2002 zustimmen, damit die Handlungsfähigkeit der Stadt erhalten bleibt.

Dem Bürgermeister, den Beigeordneten und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung gilt unser Dank für die geleistete Arbeit im abgelaufenen Jahr.

Glück Auf!